

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugpreis:
 Vierteljahr 4.50 RM, monatlich 1.50 RM.
 frei ins Haus, vorausschickend Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Romanisch
 1.50 RM, Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 8.— RM, für das übrige Ausland
 4.50 RM monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Dänemark,
 Holland, Ungarn, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Lesegruppen - Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Einzelnenpreis:
 Die Heftgebundene Einzelheftausgabe
 50 Pf. „kleine Ausgabe“, das
 letzte Heft 20 Pf. (außer
 2 letzte Heft) jedes weitere
 Heft 15 Pf. Heftgebundene und
 Einzelheftausgaben das erste Heft
 20 Pf., jedes weitere Heft 10 Pf.
 Heft über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Heft. Zeitungsbekanntmachung
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Berichte - 10 Pf. pro
 1000 die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer zahlen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Unter den Eichen 3, ab 16.00
 werden. Bestellen bei 4 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 20. April 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Abweisung feindlicher Gegenangriffe.

**Vergebliche feindliche Angriffe gegen
 Wytischacte. — Deutscher Vorstoß nord-
 westlich Béhune. — Französische An-
 griffe an der Aibre.**

Berlin, 19. April 1918, abends. Amtlich.
 Von den Schlachtfeldern nichts Neues.
 Nordwestlich von Moreuil hat der Fran-
 zose nach den Misserfolgen des gestrigen
 Tages seine Angriffe nicht erneuert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. April
 1918. (B. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Auf dem flandrischen Erziehtersfeld entspannen
 sich mehrfach kleinere Gefechte unserer Erkundungsabteilungen
 mit belgischen und englischen Posten. Starke Angriffe, die der
 Feind von Norden und Nordwesten her gegen Wytischacte
 führte, wurden abgewiesen. Schon bei seiner Vereitstellung erlitt
 der Feind in unserem Vernichtungsgeschütz schwere Verluste.
 Zwischen Salken und La Bassée starke Kampftätigkeit der
 Artillerien. Nordwestlich von Béhune sich unsere Infanterie
 gegen feindliche Linien nördlich vom La Bassée-Kanal vor und
 eroberte einige Geschütze. Bei Festubert und Givenchy
 wurde wechselvoll gekämpft. Wir machten mehr als 600 Ge-
 fangene.

Der seit einigen Tagen an der Aibre gesteigerten Feuer-
 tätigkeit folgten gestern starke tiefergelegte französische Angriffe
 gegen Morisel und Moreuil. Auf beiden Aibre-Üfern,
 durch den Seneca-Wald und zu beiden Seiten der Straße
 Willh—Moreuil führten dichte Angriffswellen mehrfach
 vergeblich an. In erbittertem Kampf wurde der Feind unter
 blutigen Verlusten zurückgeworfen. Starkes Artilleriefeuer hielt
 in diesem Kampfabchnitt auch während der Nacht an.

Dsten.
 Ukraine.
 In Laurien haben wir Tschaplinska und Meli-
 topol besetzt.

Mazedonische Front.
 Stoßtrupp-Unternehmungen im Cerna-Bogen brachten
 einige Italiener und Serben als Gefangene ein.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorf.

Der österreichische Bericht.
 Wien, 19. April 1918. Amtlich wird verlautbart:
 Zwischen Gitsch und Biade ist die Kampftätigkeit an-
 dauernd lebhaft. Auf der Hochfläche der Sieben Ge-
 meinden wurden mehrere italienische Vorstöße abgeschlagen.
 Der Chef des Generalstabes.

Ukrainisch-russische Friedens- verhandlungen.

Kiew, 18. April. (U. L. A.) Der Volksministerrat der
 Ukrainischen Volksrepublik hat in der Sitzung am 17. April
 folgenden Beschluß über den Frieden mit Rußland gefaßt:
 Der Vorschlag des russischen Volksstom-
 missariats über die Friedensverhandlungen mit der Ukraine
 wird von der ukrainischen Regierung angenommen. Die
 Friedensverhandlungen werden in einer Provinzhadt des Gon-
 vernements Kurek stattfinden. Ein Spezialkarier wurde mit
 diesem Beschluß nach Moskau abkommandiert.
 Von deutscher Seite war vor einiger Zeit an die russische
 Regierung wegen der Friedensverhandlungen mit der Ukraine
 eine Anfrage gerichtet worden, aus deren Beantwortung sich
 ergab, daß die Ukraine durch Vorenthaltung einer schleunigen
 Antwort den Eintritt in Verhandlungen hinzögerte. Nun-
 mehr hat sie endlich die zunächst wünschenswerte Antwort
 gegeben.

Austausch der Friedensratifikationen.

Ukrainische Sendboten.
 Kiew, 18. April. (U. L. A.) Vom Volksministerrat der
 Ukrainischen Volksrepublik ist das Mitglied der Zentralrada
 Andreas Jakowliw als ukrainischer diplomatischer
 Vertreter nach Wien abgefaßt. Der neue Gesandte ist
 beauftragt, den Austausch der Ratifikationsurkunden mit den
 vertragschließenden Parteien durchzuführen. In derselben
 Sitzung wurden auch Demjtro Doroschenko und
 Michailo Polozim mit der Ratifikationsmission in die
 neutralen Staaten betraut.

Der zukünftige Gesandte in Wien ist ein Rechtsanwält vom
 Zivilberuf und seinen politischen Überzeugungen nach gehört er der
 sozialdemokratischen Partei an. (Ukrainische Bourgeoisie).
 Doroschenko, der gewesene Generalkommissar in Ost-
 galizien und Bukowina, ist Gymnasialdirektor; nach seiner Partei-
 angehörigkeit in der Zentralrada ist er Sozialdemokrat. Polozim
 ist Offizier und gehört der sozialrevolutionären Partei an, er war
 auch Mitglied der Friedensdelegation in Brast-Sitowsk.

Italien muß Truppen für die Westfront abtreten.

Bern, 19. April. Bei der gestrigen Kammereröffnung erklärte
 Orlando nach einer Redeung der Agentur Stefani, er glaube
 zu Beginn der gegenwärtigen Session keine Erklärung abgeben zu
 müssen, um eine neue allgemeine Besprechung zu verhindern.
 Die Kammer solle in erster Linie den Blick auf die
 große Schlacht lenken, die an der französisch-englischen Front
 warte, deren entscheidende Bedeutung für die Zukunft der
 Welt alle fühlten. In dem Augenblick, wo der Kampf den
 Höhepunkt erreicht hätte, könne Italien an der Seite der Alliierten
 nicht fehlen, obgleich es sich bemüht sei, das voraussichtlich selbst
 in das riesenhafte Ringen verwickelt werden würde. Ohne vor der
 Öffentlichkeit auf die Einzelheiten über die italienische Hilfe
 eingehen zu wollen, erklärte er, daß in kurzer Zeit die Fahnen
 italienischer Regimenter auf den Schlachtfeldern
 in der Picardie und in Flandern neben französischen,
 englischen, amerikanischen, belgischen und portugiesischen Fahnen
 flattern würden.

Italien trat in den Weltkrieg ein mit dem Willen, seinen
 eigenen Krieg zu führen. Es wehrte sich lauer hartnäckig gegen
 das Anfinnen, seine Truppen anderswo als an den eigenen Kriegs-
 schauplätzen kämpfen zu lassen. Daß dieser eigene Wille seit den
 Katastrophen am Isonzo und Tagliamento gebrochen ist, wird durch
 die jetzt zugestandene Spendung von Kanonensutler nach Frankreich
 und Flandern abermals vor Augen geführt.

Nach „Giornale d'Italia“ vom Montag erklärte übrigens Schatz-
 minister Ritti noch vor wenigen Tagen einem englischen Journal-
 listen, daß es bei der gegenwärtigen Lage gefährlich wäre, von der
 italienischen Front auch nur eine einzige Division wegzunehmen.
 Ebenso unangebracht wäre es, wenn Italien von den Alliierten
 eine Truppenentsendung verlangen würde. Ein letztes vergebliches
 Behren!

Orlandos Mittel gegen Kriegsmüdigkeit.

Rom, 19. April. (Stefani.) In der Kammer brachte Orlando
 eine Vorlage betreffend Verlängerung der gegenwärtigen, im näch-
 sten Jahr ablaufenden Legislaturperiode um ein weiteres Jahr
 und eine Vorlage betreffend Verleihung des Wahlrechts an alle
 Bürger ein, die Heeresdienst geleistet haben, auch wenn sie noch
 nicht 21 Jahre alt sind. Eine vom Kammerpräsidenten zu er-
 nennende Kommission von 15 Mitgliedern wird die Vorlagen
 prüfen.
 Was die bürgerlichen Klassen sonst mit Zähnen und Klauen
 von sich abwehren — das Anfinnen, jugendlichen Männern das Wahl-
 recht als ein selbstverständliches Attribut der Heeresdienstpflicht
 zuzugestehen — das zwingt ihrer Regierung in Italien nunmehr
 die Not der Kriegslage ab. Daß der Entschluß der italienischen
 Staatslenker nicht die weitere Wirkung hat, ein Anstoß zu einem
 Wahlrechtsfeldzug von viel ausgedehnteren Rahmen zu werden,
 gegen diese „Gefahr“ werden vermutlich schon in dem Prüfungs-
 ausschuss die gängigen „Sicherungen“ geschmiedet werden.

Die Dollarknechtschaft der Ententemächte.

Haag, 19. April. Reuter meldet aus Washington: Nach
 den Berechnungen des Schatzamts wurden bis zum 1. April den
 Alliierten Vorschüsse vom Gesamtbetrag von 5285 Millionen
 Dollar gewährt. Folgende Kredite wurden bewilligt: Bel-
 gien 104,6, Rußland 15, Frankreich 1506, Groß-
 britannien 2700, Italien 550, Rußland 325 und
 Serbien 42 Millionen Dollar. Die Anleihen betragen:
 für Belgien 88,4, Rußland 55, Frankreich 1480, Großbritannien
 2580, Italien 190, Rußland 187,7, Serbien 42 Millionen
 Dollar. Ferner beschloß man, Griechenland einen
 Kredit von 450 Millionen Dollar zu bewilligen, obgleich dies
 noch nicht offiziell zugestanden worden ist. Auch soll Ru-
 manien ein Kredit von 6 Millionen gewährt werden.

Reform des schwedischen Gemeindevahlrechts.

Der von der schwedischen Regierung am Ende des vorigen
 Jahres gebildete parlamentarische Ausschuss zur Reform des
 kommunalen Wahlrechts hat jetzt seine Tätigkeit beendet. Dem
 Reichstag dürfte schon in den nächsten Tagen eine Regierungs-
 vorlage unterbreitet werden. Nach dem Vorschlag des Aus-
 schusses soll die bisherige 40gradige Stimmrechtskala bei den
 Gemeindevahlen beseitigt und das gleiche Stimmrecht für Männer
 und Frauen vom 21. Jahr an eingeführt werden.

Besteuert den Besitz!

Reichserbschafts- und Dividendensteuer.

Der Empfang der neuen Steuervorlage in der Presse ist
 allgemein nach Verdienst schlecht. Nur die „Arbeitszeitung“
 und die „Deutsche Tageszeitung“ fühlen sich zu ihrer Ver-
 teidigung berufen. Das Organ des Bundes der Landwirte
 drückt seine Befriedigung aus, daß die Bestrebungen der
 Einzelstaaten im Bundesrat vollen Erfolg gehabt haben. Aber
 schon die alldeutsche-nationalliberale „Tägliche Rundschau“
 nennt die famose neue Finanzreform ein steuerliches Blü-
 denwerk, das weit zurückbleibt hinter der muster-
 gültigen englischen Kriegsteuerpolitik. Diese Aeußerung läßt die Erwartung berechtigt erscheinen,
 daß sich auch die bürgerlichen Parteien für die Vorlage
 eines Ueberblicks über die englische Kriegsteuerpolitik
 und über die Besteuerung der Kriegsgewinne und Divi-
 denden einsehen werden. Die Verlegenheit darüber, daß
 Deutschland weit hinter dem englischen Vorbilde zurückbleibt,
 soll nicht dadurch beschwichtigt werden, daß man von der eng-
 lischen Kriegsteuerpolitik möglichst wenig spricht, die die
 größte lebende Autorität auf dem Gebiete der Reichssteuer
 erst vor kurzem als „heroisch“ bezeichnet hat.

Auf die Gefahr hin, eines unerbesslichen Optimismus
 geziehen zu werden, wollen wir die Hoffnung nicht ganz
 schwinden lassen, daß auch bürgerliche Parteien vor der
 sinken Annahme der Steuervorlagen zaudern, die im Augen-
 blick nichts bringen und in Zukunft die geldlich schwächsten
 Volksklassen am stärksten belasten, während sofort hoch er-
 giebigste direkte Steuern ungenutzt bleiben. Sogar die national-
 liberale „Königliche Zeitung“ polemisiert gegen die anschieß-
 liche Referierung der direkten Steuern für die Bundes-
 staaten. Die bundesstaatlichen Parlamente würden mit ihrer
 fortschreitenden Demokratisierung den Besitzenden sowie
 seinen genügenden Schutz der Geldtöden bieten, und der
 Grundjah der Ausfalligkeit der bundesstaatlichen Ein-
 kommen- und Vermögenssteuern sei bereits durch den Wehr-
 beitrag durchbrochen. Das rheinische Blatt fährt fort:

„Auch die Belastung des Verkehrs, des Umsatzes jeder Art,
 des Bieres und der alkoholfreien Getränke, können nicht ohne
 weiteres als unschädliche Eingriffe in unsere wirtschaftlichen
 Verhältnisse angesehen werden. Wenn sie infolge der außer-
 ordentlichen Höhe des Bedarfs nicht zu umgehen sind, so bleibt
 doch die Frage zu prüfen, ob sie nicht wenigstens jetzt schon zum
 Teil in direkten Reichsteuern eine Ergänzung erfahren sollen.
 Von den Entwürfen im ganzen kann man nur sagen, daß sie
 also wiederum keine organische Ausgestaltung
 des Reichsfinanzwesens, sondern nur ein durch die
 einseitige Betonung der indirekten Steuern die schwersten
 ausgesetztes Blüdenwerk darstellen. Die notwendigsten neuen
 Gesichtspunkte, die den berechtigten Wünschen der Volkstimmung
 und der verstärkten sozialen Befinnung der Kriegszeit Rechnung
 tragen würden: Gleichmäßigere Heranziehung direkter und in-
 direkter Steuerquellen und Erleichterung statt Erhöhung der
 Verkehrsgebühren, vermischt man in den Entwürfen. Ob die
 Finanzschiebung ihrer Verwirklichung nicht eine unmäßige Be-
 lastungsprobe der Volkstimmung darstellt, ist im Parlament
 ernstlich zu erwägen. Die großen finanzpolitischen Auf-
 gaben des Reiches sollen anscheinend, wenn der Verlauf der Ver-
 handlungen im Reichstag das Bild nicht erheblich ändert, vor-
 läufig wieder mit den unzulänglichen Mitteln der Vergangen-
 heit gelöst werden. Ein Steuersystem aus einem Gusse scheint
 noch nicht fertiggestellt zu sein. Wenn seiner Ausfüllung auch
 zweifellos große Schwierigkeiten erwachsen würden, so dürfte ihre
 baldige Ueberwindung für den Wert der Leistung sprechen. Und
 diese Leistung darf das deutsche Volk von Regierung und Parla-
 ment angefaßt seiner großartigen Leistungen im Wirtschafts-
 kampf fordern. Denn sie wird erst die dauernde Festigung
 des wirtschaftlichen Ansehens des Reiches nach innen und außen
 nach diesem Kriege endgültig sicherstellen.“

Nun gibt es aber eine direkte Steuer, die sehr hohe Er-
 träge bringt, ohne in das Gehege des einzelstaatlichen
 Finanzministers zu kommen: die auszubauende Erb-
 schaftsteuer, die noch dadurch erweitert werden kann,
 daß dem Reiche das Pflichtteil eines Kindes eingeräumt wird,
 wenn ein vermögender Erblasser nicht wenigstens drei Kinder
 oder Nachkommen von wenigstens drei Kindern hinterläßt.
 Dr. R. Kuczynski schätzt den Ertrag aus dem Ausbau
 der Reichsvermögenszuwachssteuer und Erb-
 schaftsteuer auf zusammen 980 Millionen Mark. Der
 bisherige Ertrag brachte die kaiserliche Summe von 100 Mil-
 lionen Mark. Die englische Erbschaftsteuer trug dagegen
 bereits im Jahre 1908/09 360 Millionen Mark ein und war
 an allen Einnahmen auf Steuern und Zöllen mit 14,6 Proz.
 beteiligt. Seitdem ist die englische Erbschaftsteuer bereits im
 Frieden und auch im Kriege kräftig erhöht worden. Sogar
 im kleinbürgerlichen Frankreich, dessen Finanzsystem von
 trauriger Rückständigkeit ist, brachte die Erbschaftsteuer

Bereits vor einem Jahrzehnt 200 Millionen Frank und ist
feither wesentlich erhöht worden. Wird dem Reich, wie
Kriegsministerium vorklägt, unter den genannten Bedingungen der
Wirtschaft eines Landes eingeräumt, so ergibt sich eine weitere
Einnahme von mindestens 650 Millionen Mark. Daß die
geltende Reichssteuer die Erbschaften nur höchst un-
vollkommen erfasst, beweist nichts Klarer, als daß bereits vor
zehn Jahren Fürst Bülow den Versuch einer Erweiterung
dieser Steuer, die sehr wohl die besonderen Verhältnisse des
Krieges mit berücksichtigen kann, gemacht hat. Das Reichs-
schatzamt aber bringt auch heute diese Steuer noch nicht. Es
will, ehe es die großen Erbschaften, und mögen sie selbst aus
dem Kriegswunder stammen, für die Reichskasse nutzbar
macht, Vorfrage treffen, daß in der Zukunft, wenn wieder
einmal Kasse, Lee, Schokolade in unser Land kommen, keine
arme Kriegswitwe, kein Kriegsinvalide eine Tasse dieser
Getränke genießt, ohne dem Reich ausgiebig zu zollen. Eilig
hat es das Reichsschatzamt mit der sehr energischen Besteue-
rung der Mineralwässer und des gefärbten Wassers, das man
Bier oder Limonade nennt, sehr viel Zeit aber läßt es sich mit
der schärfsten Erfassung der Erbschaften, die in die Hände
einerseits vermöglicher reicher Väter und Wägen übergeben.
Damit der reale Besitz und das die Leistungsfähigkeit wider-
spiegelnde Einkommen des reklamierten Kriegsgeldes
müßiger geschont, soll der Umsatz, den Frau und Kind
des armen Schützengrabensmannes mit der dürftigen Kriegs-
unterstützung bewirken, in Form einer Brot-, einer Kartoffel-
steuer zu den Kriegskosten beitragen. Da darf man wohl
fragen: Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?

Neben der Reichssteuer und einer etwaigen Er-
höhung des Stempels auf Gründung von Aktiengesellschaften,
die bei dieser Gelegenheit meist erzielt hohen Gründergewinne
sehr wohl treffen könnte, drängt sich der Gedanke einer Dividendensteuer auf.
Die Steigerung der Erbschaftssteuer hat allgemeinen Unmut
erregt. Nichts natürlicher, als daß dem allgemeinen Volks-
empfinden Rechnung getragen wird, besonders da von einer
Wahrung volkswirtschaftlicher Interessen gar keine Rede
sein kann.

Die Aktionäre werden sich zwar sicherlich über Dop-
pelbesteuerung beklagen. Sie werden uns held führen, daß
bereits die Einnahmen der Aktiengesellschaften von der Ein-
kommensteuer, und zwar in Preußen sogar etwas höher als
die der physischen Steuerträger getroffen werden und daß
außerdem die Couponzahlungen nochmals als Einnahme der
Einkommensteuer zu veranlassen werden. Auch die Aktiengesell-
schaften selbst werden sich dagegen wehren, schlechter behandelt
zu werden als der Einzelunternehmer. Dagegen ist
darauf zu verweisen, daß das Risiko und die Arbeit des Ak-
tionärs sehr viel geringer ist, als die des Unternehmers.
Der Aktionär kann seinen Besitz ständig veräußern und hat
selbst bei verlustreichem Verkauf den Vorteil, sein Geld sofort
in neue Geschäfte stecken und sein Glück versuchen zu können.
Der Einzelunternehmer ist in viel stärkerem Maße an seinen
Besitz gebunden und eben diese unangenehme Lage zwingt ihn,
unter schlechteren Bedingungen abzulassen. Auch ist allge-
mein bekannt, daß die Aktiengesellschaft weit leichter arbeitet
und groß wird, als das Werk eines Einzelunternehmers, auf
dessen Klugheit und Energie — vorausgesetzt, daß er noch das
Unternehmen persönlich leitet — das Gedeihen des Betriebes
beruht.

Unter den jetzigen Verhältnissen erscheint eine Dividen-
densteuer ganz besonders gerechtfertigt. Die Schlüssel für
das Geschäftsjahr 1917 zeigen vielfach eine ganz außerordent-
liche Erhöhung der Dividenden. Das beweist ein Doppeltes:
Daß die Kriegsteuer, für die die Rücklage meist vor Aus-
weisung des Rohgewinnes abgesetzt ist, durchaus ungenügend
wirkt und daß die Gesellschaften bestrebt sind,
möglichst viel an ihre Aktionäre zu verteilen,
um einen späteren Rückgriff des Reiches auf
ihre Vermögen unmöglich zu machen.

Eine höchst erwünschte Nebenfolge der Dividendensteuer
wird sein, daß sich die Kapitalisten in erhöhtem Maße dem
Markt der festverzinslichen Werte zuwenden, die schon vor
dem Kriege sehr stark unter dem Wettbewerbs der gut
rentierenden Aktien gelitten haben. Es ist ein grundlegendes
finanzielles und soziales Interesse, daß der Anlagemarkt mög-
lichst gefördert wird. Wenn die Kurse der Anleihen sinken,
so sind Reich, Staat und Gemeinden gezwungen, neue An-
lagen zu noch schlechteren Bedingungen aufzuliegen, will sagen,
zu niedrigeren Kurien und zu höherer Verzinsung. Das-
selbe gilt von dem Absatz von Wandelanleihen. Wenn diese
kommenden Schuldverschreibungsausgaben zu einem Zeichnungs-
preis von 80 Proz. und einem Zinsfuß von 5 1/2 Proz. er-
folgen, statt zu einem Zeichnungspreis von 90 Proz. und
einem Zinsfuß von 5 Proz., so bedeutet das eine Verteuerung
des Kredites von 5 auf 6 Proz. oder um 20 Proz. der aus-
machenden Zinssumme. Es braucht keine Worte, um zu
beweisen, wie sehr dadurch alle öffentlichen Körperschaften in
der Kreditaufnahme für soziale Zwecke gehemmt sind, wie
sehr sich auch durch die Steigerung der Zinssummen die
Steuerlast erhöht und wie empfindlich im besonderen die Kre-
ditbeschaffung für den so dringlichen Neubau von Wohnun-
gen erschwert wird.

Das Reichsschatzamt ist also nicht auf Gekochtwürste an-
gewiesen, die zum Teil für die nächste Zeit überhaupt nichts
bringen, zum Teil die lebenswichtigsten Waren am empfind-
lichsten treffen. Der Reichstag wird sein Ansehen im ganzen
Volke kräftigen, wenn er alle Verlegenheitsprodukte einer un-
soliden Finanzpolitik von vornherein ablehnt und die
Leistungsfähigen zu Opfern an Geld für das Vater-
land heranzieht, für das die steuerlich am wenigsten
leistungsfähigen Volksklassen mit ihrem Mute genugam ge-
zahlt haben.

Hefige Kämpfe an Eys und Avre.

Berlin, 19. April. (W. Z. N.) An der flandrischen Front
verläßt sich der feindliche Widerstand von Stunde zu Stunde. In
dem sich immer mehr verengenden Überbogen gewannen der
deutsche Angriff gegenüber Engländern und Belgiern Raum. Hin-
ter dem Streifen leisteten die vereinigten anglo-belgischen
Truppen starken Widerstand. Nachdem Olig Krone den blutig
erlittenen Geländegewinn der Flandernschlacht größtenteils her-
über aufgeben müssen, erfordert es nicht nur die strategische Lage,
sondern auch der Rest militärischen Ansehens, der England dank der
Aufsicherung und Tapferkeit seiner Soldaten noch geblieben ist,
wenigstens den Besitz von Eys zu sichern. Diese Ansicht wird
durch Gefangene bestätigt. Bei Witschacte versuchte der Eng-
länder mit Hilfe französischer Divisionen, den verlorenen
Gehäusen wiederzuerobern.

Den am Vormittag des 18. geplanten Sturm vereitelte das
deutsche Schützengrabenfeuer. Eine zum Angriff bereit gestellte eug-

lische Kompanie wurde durch den Kühnen Vorstoß unter Führung
eines in vorherer Linie erkannenden Generalstabsoffiziers zerstreut.
Die schwache deutsche Gründungsabteilung, die nur aus 3 Offizieren
und einigen Begleitmannschaften bestand, nahm 46 Mann gefangen
und verjagte den Rest. Am Mittag versuchte der Gegner einen neuen
Angriff, der im deutschen Feuer völlig zusammenbrach. Auch von
der frisch eingetroffenen 28. französischen Division machten wir einige
Besorgene. Aus den Kämpfen um Witschacte wird nachträglich
noch die Erstürmung mehrerer schwerer Geschütze
gemeldet, darunter ein 40,5-Zentimeter- und zwei 28-Zentimeter-
Mörser.

Nördlich und nordwestlich Witschacte wurden am 10 Uhr
15 Min. vormittags feindliche Vereinstellungen zum Angriff erkannt.
Sofort nahm die deutsche Artillerie die dicht massierten
feindlichen Kolonnen unter Vernichtungsgeschossen, so daß der
geplante feindliche Angriff erst 1 1/2 Stunden später einsetzten konnte.
Dann wurde er rasch abgebrochen. Die Verluste des
Feindes sind hier außerordentlich schwer. Während auf unserer
Stellungen von Baillieu bis La Bassée lebhaftes, feindliches
Artilleriefeuer lag, das besonders westlich Merville sich er-
hebt, steigerte und zeitweise größte Heftigkeit annahm, brachen
deutsche Stütztruppen bei Reg. du Vinage in die feindliche
Stellung ein und brachten 40 Gefangene und 40 Ge-
fangene ein. Außer den 300 Gefangenen aus den Ortungskämpfen
in Gegend Fescher und Witschacte wurden 19 Offiziere
eingebredt und eine größere Anzahl Maschinengewehre erbeutet.

Englischer Heeresbericht vom 18. April nachmittags.
Auf dem größeren Teil der Kampffront an der Eys fanden heute
heftige Kämpfe statt. Vom La Bassée-Kanal bei Eibendy bis
an die Eys südlich von St. Venant folgten dem heute morgen ge-
meldeten Geschützfeuer heftige feindliche Angriffe, die alle ab-
gewiesen wurden. Die bei dem Angriff der deutschen Infanterie
durch unser Feuer beibrachten Verluste waren wieder, wie ge-
meldet, außergewöhnlich schwer und es wurden durch unsere Truppen
über 200 Gefangene gemacht. Der Kampf war

besonders heftig in der Gegend von Eibendy.

Der Feind machte entschlossene, doch erfolglose Anstrengungen, die
erlittenen Fehlschläge wieder gutzumachen. Der Kampf an dieser
Stelle ist noch nicht beendet und die feindliche Artillerietätigkeit
hält an dieser ganzen Front an. Später am Vormittag entwickelten
sich weitere Angriffe, begleitet von schwerem Granatfeuer gegen
unsere Stellungen südlich Kemmel, sie wurden abgewiesen. Außer beträchtlicher
Artillerietätigkeit in verschiedenen Abschnitten, besonders südlich und nördlich der
Somme ist nichts von beson-
derem Belang von der britischen Front zu melden.

Französischer Heeresbericht vom 18. April nachmittags.
Heute morgen griffen unsere Truppen die feindlichen Stellungen
auf beiden Seiten der Avre an einer Front von vier
Kilometer zwischen Thennes und Mailly-Renneval an.
Südlich von der Avre machten wir merkliche Fortschritte, westlich
dabon nahmen unsere Truppen den größten Teil des Senecat-
Waldes und rückten ihre Linien bis zum Rande von Castel vor.
Weiter südlich erreichten wir die Westabhänge der Höhen, die die
Avre beherrschen. Die Zahl der Gefangenen übersteigt augenblick-
lich etwa 100. Wir erbeuteten mehrere Maschinengewehre.

In der Gegend von Corben nahmen die Franzosen eine
starke deutsche Abteilung, die sich den französischen Linien zu nähern
versuchte, unter Feuer und Geschossen. Nach Artillerievorbereitung
führten die Deutschen mehrere Handstreichs in der Champagne
auf dem rechten Ufer der Aisne östlich vom Laurière-Walde
aus, namentlich in der Richtung auf Damloupe. Alle Angriffs-
versuche wurden abgewiesen. Gefangene blieben in französischer
Hand. Auf französischer Seite glückten nordwestlich von Reims,
in Vorbringen mehrere Einbrüche in die deutschen Linien. Es
wurden Gefangene gemacht.

Französischer Heeresbericht vom 18. April abends. Unsere
Truppen haben heute früh die feindlichen Stellungen auf beiden
Seiten der Avre an einer Front von 4 Kilometer zwischen
Thennes und Mailly-Renneval angegriffen. Im Osten der
Avre haben wir merkliche Fortschritte gemacht, im Westen haben
unsere Truppen den größten Teil des Senecat-Waldes an
sich gerissen und ihre Linien bis an den Saum von Castel vor-
getragen. Weiter im Süden haben wir die Westabhänge der Höhen,
die die Avre beherrschen, erreicht. Die Zahl der eingebrachten Ge-
fangenen übersteigt bisher 600 — darunter 15 Offiziere. Wir haben
mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Es bestätigt sich, daß der Handstreich, den der Feind letzte Nacht
östlich vom Laurière-Walde unternommen hatte, sehr ver-
lustreich für den Angreifer gewesen ist. Wir haben einige 40 Weichen
auf dem Gelände gefunden. An anderer Stelle haben wir 20 Ge-
fangene eingebracht, darunter 1 Offizier. An der übrigen Front
zeitweilig Artilleriefeuer.

Das englische Mannschaffersatzgesetz endgültig angenommen.

London, 19. April. (Reuter.) Oberhaus. Das Mann-
schaffersatzgesetz wurde in allen seinen Teilen an-
genommen und erhielt gestern abend die königliche
Genehmigung.

Snowden fordert Regierungswechsel.

Amsterdam, 19. April. In einem Schreiben, das der englische
Abgeordnete Snowden in seiner Eigenschaft als Präsident an die
unabhängige Arbeiterpartei richtete, beruht er zunächst auf die
Tatsache, daß die Mitgliederzahl der Partei von März 1917 bis
März 1918 um 50 Proz. gesunken ist. Der größte Teil des Schrei-
bens beschäftigt sich aber mit der unheimlichen Lage an der West-
front. Derselbe hätte für jetzt einem die Lust zu einer feindlichen
Stellungnahme genommen. Der beste Dienst, den man heute
leisten könne, sei der, den einzig möglichen Ausweg aus
dieser furchtbaren Lage zu zeigen. Ein Krieg von
dem Umfange, wie der heutige zwischen gut gerüsteten Mächten,
kann nur mit dem ständigen Wechsel der Parteien endigen. Er könne
keinen Grund finden, der die Fortsetzung des Krieges durch die
Alliierten und das weitere ablehnende Verhalten der Entente-
mächte, abgesehen von dem Hinweis auf ihre geheimen Kriegsziele,
die nur einem völlig geschlagenen Feinde differiert werden können,
rechtfertige. Eine Kampfbedingung für einen möglichen Frieden
sei ein Regierungswechsel, sowohl in England wie in Frank-
reich. Snowden protestiert, daß ein neuer Stillstand der Fronte
an der Westfront eintreten werde, welcher Umständen die Zwecklosig-
keit der ungeheuren Opfer des Krieges ergeben müsse. Er sei
überzeugt, daß ohne solche Lage nur dann von den Verbündeten ge-
lungen anzugewandt werden könne, wenn sie das Verlangen der
Völker nach einem demokratischen Frieden ohne territoriale Aus-
breitung berücksichtigen können. England habe eine Regie-
rung nötig, die Lord Lansdownes Politik sich zu
eigen mache, d. h. eine Regierung, die jeden Weg zum Frieden
suche. Er sei bereit, jede Regierung zu unterstützen,
die speziell zu dem Zweck ernannt werde, selbst wenn
an der Spitze einer solchen Regierung ein Sozialist mit aristokrat-
französischer und Tory-Vergangenheit stehe.

Die Ukraine protestiert wegen Besarabien.

Kiew, 17. April. (U. Z. N.) Nach Erörterung der Frage über
die Annexionierung Besarabiens durch Rumänien hat die Ukrainische
Zentralrada in ihrer Sitzung vom 16. April erklärt:

1. Die Ukrainische Volksrepublik erkennt den Beschluß „Sphatol-
Perh“ über die Angliederung Besarabiens an das Rumänische
Königreich nicht an, weil es den freien Ausdruck der Wünsche aller
Nationen, die das Gebiet Besarabiens bewohnen, nicht entspricht.
Infolgedessen verlangt die Ukrainische Volksregierung die Durch-
führung der freien Willensäußerung und die Ausschaltung
derjenigen Teile Besarabiens, welche ihrem Willen
dahin Ausdruck geben, mit der Ukrainischen Volks-
republik vereint zu sein.

2. Die Ukrainische Zentralrada beauftragt den Volksministerat,
sich an Rumänien wie auch an die Staaten des Vierbundes mit
einer Protestnote zu wenden gegen ein solches System der Unter-
drückung und Gewalttat den Völkern Besarabiens gegenüber. Die
Proklamation vom 9. April l. J. als nicht entscheidend betrachtend,
beauftragt die Ukrainische Zentralrada ihren Volksministerat, alle
Maßregeln zu treffen, die ihm zur Verfügung stehen, damit
in nächster Zukunft das Schicksal Besarabiens auf Grund
eines Einverständnisses der Ukrainischen Volksrepublik und nach
dem Willensausdruck der ganzen Bevölkerung
Besarabiens entschieden wird.

Nach Rappoport auch Broutchoux verhaftet.

Die Verhaftungen wegen „defaitistischer Äußerungen“ werden
in Frankreich unter Clemenceaus Herrschaft eifrig fortgesetzt. Nach
Rappoport ist jetzt, wie die „Humanité“ meldet, der Syndikalisten-
führer Broutchoux in Haft genommen worden und wird in kürzester
Zeit vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Die Verhaftung ist er-
folgt wegen eines Gespräches, das Broutchoux in der
Straßenbahn mit zwei anderen Fahrgästen hatte
und das seine Verhaftung auf Grund des Gesetzes vom 8. August
1914 rechtfertigen soll.

Broutchoux ist Kriegsinvalide. Die „Humanité“ erinnert daran,
daß er nicht das erste Mal durch Clemenceau das
Schicksal der Verhaftung erleidet. Bereits im Jahre 1906
ließ ihn Clemenceau als einen der Führer des Streiks, der im
Kohlenbeken von Nordfrankreich nach dem Unglück von Courrières
entstand, in Haft nehmen.

Ueber Rappoport teilt die „Humanité“ mit, daß er seit
seiner Verhaftung erst einmal verhört ist. Seinem Verteidiger
war es bisher noch nicht möglich, den genauen Gegenstand der An-
klage zu erfahren, man erklärte ihm, daß man noch auf die Ueber-
führung der Beweismittel warte, die in der Wohnung des Ver-
hafteten gefunden wurden. Diese Beweismittel bestehen aus
russischen und deutschen Zeitungen sowie Briefen, die bis in das
Jahr 1907 zurückreichen.

Zur Einnahme Satums.

Türkische Absichten für die Georgier.

Konstantinopel, 18. April. (Agentur Mail.) In Besprechung
der Einnahme Satums hebt Terdschuman die Bedeutung dieser
Stadt vom militärischen, politischen und wirtschaftlichen Stand-
punkte hervor und sagt: Durch diese Tat werden die Pustulmanen
und christlichen Georgier vollständig Herren ihrer Geschichte. Wie
wir schon wiederholt betonten, ist das osmanische Reich von den
besten Absichten für die Georgier erfüllt und wünscht,
diese Nation frei und unabhängig zu sehen. Es genügt,
daß in Georgien eine der Türkei günstig gestimmte Regierung
gebildet werde, die fähig ist, einem wahrscheinlichen
Ueberfall von Norden Widerstand zu leisten. Die
osmanische Regierung wird stets geneigt sein, sich mit einer solchen
Regierung zu verständigen, alle Fragen zu lösen und in Ein-
vernehmen mit ihr zu handeln. Im allgemeinen können wir sagen,
daß zwei Elemente, die Georgier im Westen und die
Türken im Osten, die Herren der Geschichte Trans-
kaukasiens sind, mit welchen sich die Türkei einzeln aus-
einandersetzen und zwischen welchen sie im Bedarfsfalle selbst ver-
mitteln wird. Aber bei Schaffung unabhängiger Gebilde in Trans-
kaukasien darf man keineswegs die Millionen Pustulmanen in
Cisaukasien vergessen, die einen natürlichen Damm gegen
Rußland bilden. Es ist daher notwendig, auch die Un-
abhängigkeit und Freiheit dieses Gebietes zu
sichern. Durch die Einnahme Satums werden alle Fragen
auf die Tagesordnung gestellt.

Durchstechereien mit Kriegsgewinn- kapitalisten in Italien.

Rom, 19. April. (Stefani.) In der Abgeordnetenkammer teilte
der Präsident die Mandatsüberlegung des Abgeordneten
Bonacossa mit, gegen den zwei Anträge auf Entziehung der
Strafverfolgung in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einer
Seidenhandels-gesellschaft eingereicht worden sind. Der
sozialistische Abg. Marangoni beantragte eine Tagesordnung, welche
die Mandatsüberlegung Bonacossas annimmt und eine vollstän-
dige und gründliche Untersuchung über die poli-
tische Verantwortlichkeit für den Rangel an Auf-
sicht über den Ausführhandel in die Schweiz und
über die Ungültigkeit der Tätigkeit der Beam-
ten verlangt, welche die Verschwendung der ausgeführten Waren zu
prüfen haben. Orlando erhob Einwände gegen den zweiten
Teil der Tagesordnung. Er hob hervor, daß man nicht aus Anlaß
des Rücktritts Bonacossas eine Frage erörtern könne, über welche die
Kammer baldmöglichst bei der Erörterung der beiden Interpellation-
en und der eingebrachten Entschließung über diesen Gegenstand
sprechen werde. Die Regierung habe die Absicht, alle Ver-
antwortlichkeiten festzustellen, die sich aus dieser
schwierigen Frage herleiten. Der erste Teil der Tagesordnung
Marangoni wurde durch Erheben von den Vätern angenommen,
der zweite Teil in namentlicher Abstimmung entsprechend dem An-
trage Orlando abgelehnt: die Sozialisten allein stimmten
dafür.

Wie groß muß die Angst der italienischen Regierung sein, daß
sie sich in dieser Weise gegen den sozialistischen Antrag ins Zeug
legen! Sie fürchtet offenbar, daß eine Kriegsgewinnbeule zum Anlaß
gelangen könnte, die nicht bloß von den Seidenhändlern gefüllt
worden ist.

Der Krieg auf den Meeren.

18 000 Tonnen-Dampfer versenkt.

Berlin, 18. April. Amtlich. Am Morgen des 21. März wurde
von einem unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant
Wilhelm Meyer, ein besonders wertvoller englischer
Passagierdampfer, ein Schiff von mindestens 18 000
Dr.-M.-T. versenkt. An der Verfestungspforte wurden später
Schiffsräume und Leere Rettungsboote gefunden.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Groß-Berlin

Durchsuchung des Neuköllner Rathauses.

Schließung der städtischen Kasse.

Gestern vormittag um 10 Uhr erschien im Neuköllner Rathaus der Kriminalkommissar Schloffer vom Kriegswunderamt und legte dem Stadtsyndikus Lindner einen Gerichtsbeschluss vom 30. Januar vor, in dem wegen der bekannten Neuköllner Denkschrift die Durchsuchung der Dienst- und Amtsräume des Neuköllner Magistrats angeordnet wird. Stadtsyndikus Lindner legte namens des Magistrats Protest ein gegen die beabsichtigte Durchsuchung, da über die Frage, ob der Magistrat überhaupt zur Herausgabe von Akten verpflichtet sei, gegenwärtig noch ein Verwaltungsstreitverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht schwebt. Die Durchsuchung bedeute also einen Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren. Stadtrat Lindner wies ferner darauf hin, daß die Begnahme von Lebensmittelakten die Arbeiten des Lebensmittelamtes gefährden und eventuell unmöglich machen würde; es sei daher zu befürchten, daß die Vorfahrung der Neuköllner Bevölkerung mit Lebensmitteln durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft beeinträchtigt werden würde. Der Magistrat müsse jede Verantwortung hierfür ablehnen. Trotzdem wurde mit der Durchsuchung begonnen. Ueber die Ergebnisse werden wir noch berichten.

Der Magistrat Neukölln hat an den Reichskanzler, den Justizminister, den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, den Oberkommandierenden in den Marken, den Regierungspräsidenten in Potsdam und den Generalstaatsanwalt in Berlin nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Infolge der vom Magistrat Neukölln an Seine Exzellenz den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes gerichteten Denkschrift wurde gegen den Magistrat Neukölln ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen Ueberschreitung der Höchstpreise. Als in diesem Ermittlungsverfahren Akten beschlagnahmt werden sollten, verweigerte der Magistrat gemäß § 96 der Strafprozessordnung die Herausgabe der Akten und es entstand über diese Frage ein Verwaltungsstreitverfahren, das gegenwärtig der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts unterliegt. Trotz dieses Verfahrens haben heute im Rathaus Neukölln Beamte des Kriegsernährungsamtes eine Durchsuchung vorgenommen und sämtliche Kassen-Ausgabebücher des Jahres 1917 beschlagnahmt. Ohne diese Kassen-Ausgabebücher, die erst am 1. Mai abgeschlossen werden, ist eine ordnungsmäßige Kassenverwaltung unmöglich, insbesondere können feinkleinere Ausgaben mehr geleistet werden. Es müssen sämtliche Zahlungen, die jetzt fälligen Kriegszulagen, Teuerungszulagen, Lohnzahlungen sowie alle übrigen Zahlungen, die der Stadtgemeinde gesetzlich und vertraglich obliegen, unterbleiben. Die städtische Kasse ist infolgedessen geschlossen worden. Wir weisen auf diesen völlig unhaltbaren Zustand, der die größten Gefahren in sich birgt, hin und bitten, die Aufhebung der Beschlagnahme umgehend veranlassen zu wollen.“

Ueber die Ursachen der Hausdurchsuchung erfahren wir noch folgendes: Die jetzt vorgenommene Hausdurchsuchung bezieht sich nicht auf die angebliche andernweitige Verwendung von Saatgut, sondern auf die Höchstpreisüberschreitungen im vorigen Jahr. Wie schon in der Denkschrift ausgeführt, wurde wiederholt der Magistrat aus den kleineren Betrieben der Nahrungswirtschaft, die nicht selbst kaufen konnten, angehalten, Lebensmittel zu beschaffen. Bei der Anschaffung dieser Waren mußten, ebenso wie es in der Großindustrie und bei den Behörden geschieht, die Höchstpreise überschritten werden. Besonders beim Gemüse war das der Fall. Lange genug hat die Kriegsernährungskommission erzuht, zu den von der Kriegsernährungsstelle festgesetzten Höchstpreisen und empfohlenen Preisobergrenzen Gemüse zu bekommen. Als das nicht möglich war, da man in Erfahrung gebracht hatte, daß andere Gemeinden das Preis- bis Jahresende der Preisobergrenze und auch noch die Lieferung von Ammoniak zugekauft hatten, beschloß die Kriegsernährungskommission, die Höchstpreise zu überschreiten. Die Stadt hat allein bei diesen Höchstpreisüberschreitungen 875 000 M. zugegeben. Daß diese Zustände für die mit Kriegsausgaben verhältnismäßig am stärksten belastete Groß-Berliner Gemeinde unhaltbar waren, leuchtete jedem ein, und so wurde wieder von der Kriegsernährungskommission beschlossen, diese Zustände in einer Denkschrift dem Kriegsernährungsamt zu unterbreiten. Das Kriegsernährungsamt wußte zunächst nichts Besseres zu tun, als die Bekanntmachung der Denkschrift zu unterbinden. Und als sie dann doch im „Vorwärts“ vom 16. Dezember 1917 veröffentlicht wurde, begann das Resselweiden gegen den Neuköllner Magistrat. Ursprünglich hatte man auch den Rat, gegen die anderen Länder, wie z. B. das Königl. Polizeipräsidium, die Gewerbehauptverwaltung usw. vorzugehen, aber davon ist alles still geworden, und die Neuköllner Verwaltung ist übrig geblieben. Und gegen diese ist man dann auch mit der bekannten Schneidigkeit vorgegangen. Wiederholt ist der Oberbürgermeister attackiert worden, die Magistratsprotokolle herauszugeben, und als dem nicht Folge geleistet wurde, er selbst ebenso wie der Stadtverordnetenvorsicher, vom Richter vernommen. Stadtrat Horn wurde wiederholt die disziplinarische Bestrafung in Aussicht gestellt. Als aber auch durch alle diese Maßnahmen nichts erreicht wurde, so ist gestern der neue Streich geführt worden. Daneben schwebt noch eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren, ob die Beamten der Schweigepflicht des Magistrats unterliegen.

Die Hausdurchsuchung selbst erstreckte sich gestern auf den ganzen Tag. Selbst nach Bureauabschluss verblieben die Kriminalbeamten im Rathaus und durchsuchten einzelne Räume nach Belastungsmaterial. Nennenswerte Ergebnisse hatten diese Durchsuchungen nicht. Die Durchsuchung der Hauptkasse dauerte bis gegen 2 Uhr. Der Mendant gab die Erklärung ab, daß er, nachdem ihm einige Bücher fortgenommen und sämtliche Bücher aus dem Jahre 1917 als beschlagnahmt bezeichnet worden waren, den Betrieb nicht aufrecht erhalten könne. Die Kasse wurde geschlossen, wodurch die Ausgabung der fälligen Arbeiterlöhne unmöglich wurde. Auch die Trezors der Hauptkasse wollten die Polizeibeamten geöffnet wissen. Der Magistrat lehnte jedoch die Erfüllung dieses Annehmens ab, weil sich in den Trezors mehrere Millionen Geld bzw. Geldeswert befinden, die nicht nur der Stadt Neukölln, sondern auch zum Teil dem Staate gehören, und stellte dem Kriminalkommissar die gewaltsame Oeffnung der Trezors anheim. Von der Oeffnung wurde aber schließlich Abstand genommen. Dem Kämmerer Stadtrat Dr. Mann, der sich wiederholt gegen die Maßnahmen des Kriminalkommissars wehrte, wurde sogar die Verhaftung in Aussicht gestellt. Gegen 1/3 Uhr begann die Durchsuchung der Geschäftsräume des Lebensmittelamtes. Eine Anzahl Bücher und Akten wurde beschlagnahmt, die jedoch nennenswerte Aufschlüsse für die Untersuchung nicht geben können.

Speisefett anmelden!

Es wird nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Neuanmeldungen zur Speisefettkundenliste spätestens am Sonntag, den 21. April, vorgenommen sein muß.

Berliner Lebensmittel.

Zu der jetzt schwebenden Verteilung von Kunsthonig teilt uns der Magistrat Berlin mit, daß jeder Kleinhändler berechtigt und verpflichtet ist, den Kunsthonig auf Lebensmittellisten Nr. 18, sobald er die Ware zur Stelle hat, abzugeben und den Verkaufsbeginn durch Aufschlag anzuzeigen.

Brennstoffanmeldung für gewerbliche Betriebe. Zu der wie üblich zwischen dem 1. und 5. Mai wieder zu erstattenden monatlichen Meldung tritt einmalig die Ausfüllung einer Reichsjahresmeldebilanz, die mit der Monatsmeldebilanz zusammen an die vorgeschriebenen Stellen einzufenden ist. Einreichung einer Karte ohne die andere macht auch die eingehende Karte unwirksam.

Die Herausgabe der Jahresmeldebilanz verfolgt den Zweck, dem Reichskommissar die in Aussicht genommene rechtzeitige Regelung der Kohlenverteilung für einen längeren Zeitraum im kommenden Winter zu erleichtern. Die Kartenvordrucke sind bei den bisherigen Stellen erhältlich.

Zur Kleiderverwertung.

Auf unsere „Kleine Anfrage“ in Nr. 91 teilt uns der Berliner Magistrat folgendes mit: Es ist unzutreffend, daß in der R.V.G. jemals ein Gegenstand, der zum Preise von 8 M. erworben worden ist, unverändert zum Preise von 60 M. weiter ver-

Feldpost-Abonnenten

Der Feldpostbezug des „Vorwärts“ kostet infolge der hohen postalischen Umschlaggebühren vom

1. Mai ab monatlich 1,80 M.

Damit die Zustellung keine Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Abonnenten im Felde, den Abonnementsbeitrag für Mai — 1,80 Mark — umgehend einzusenden.

„Vorwärts“-Verlag G. m. b. H.

kauf wurde; ebenso unzutreffend ist, daß die R.V.G. entgegen den reichsrechtlichen Bestimmungen und ihren Satzungen überhaupt irgend welche Gewinne erzielt, geschweige denn wucherische. Alle eingelieferten Gegenstände werden, bevor sie zum Verkauf gelangen, einer eingehenden Säuberung und Bearbeitung unterzogen. Die Schätzungen werden von unabhängigen nicht der Direktion der R.V.G., sondern dem Kommunalverbande unterstehenden Schätzern vorgenommen und entsprechen, wie wiederholte Nachprüfungen ergeben haben, der von der Reichsbekleidungsstelle gegebenen Richtlinie. Jede Beschwerde über die Kleiderverwertungsgesellschaft, die an den Betriebsabteil Groß-Berlin Riesenmarkt 4 zu richten ist, wird geprüft; es ist aber notwendig, daß bei allen Beschwerden der Einsender Namen und Adresse angibt.

Kleine Notizen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Oberbefehlshaber in den Marken hat die Herstellung, Verbreitung und den Vertrieb von Volkartien, die die Regelung der Verpflegung mit Bekleidungsgegenständen und mit Heiz- und Brennstoffen sowie die Regelung der Bezugspflicht zum Gegenstande haben, für den Stadtkreis Berlin und die Provinz Brandenburg verboten. Etwa vorhandene oder auflaufende Exemplare sind zu beschlagnahmen. — Am 11. wurde in der Einfahrt hinter einem Gartenzaun eine grüne 15 x 13 cm große Wülfenberingelartige gelundene. Die Ladung enthielt einen Schlüsselring mit 4 Schlüsseln. Zwei Schlüsselschlüssel sind mit dem Stempel Franz Spengler, Berlin, Gröbner, ein anderer Schlüssel mit Armin Tenner, Berlin NW, versehen. Da der Umhängeriemen vorn durchgehauen ist, scheint die Ladung aus einem Diebstahl her zu stammen. Inodienliche Angaben nimmt der XI. Kriminalbezirk im Polizeipräsidium, Zimmer 409, und jedes Polizeirevier zur Nr. 1223 IV 15. 18 entgegen. — Nichtamtliche Feldpostbriefe im Gewicht von mehr als 50 Gramm (Päckchen) für die Besatzung der baltischen Inseln Oesel, Moon und Dagoo, insbesondere solche mit der Bezeichnung „Deutsche Feldpost 335“ in der Aufschrift, werden von jetzt ab wieder angenommen und befreit.

Neukölln. Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung am Donnerstag wurde zunächst für den Groß-Berliner Kriegsausgleich zum Schutze aussichtsloser Kinder Stadt-Vorst.-Stellg. Scholz (Soz.) gewählt. 10 Millionen Mark wurden aus Anleihenmitteln für die Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege bewilligt. Dem Arbeiter-Samariterbund wurde für das Jahr 1918 ein Beitrag von 100 M. zur Verfügung gestellt.

In geheimer Sitzung gelangte ein Antrag zur Beratung, der dahin zielte, den Kinderspielplatz auf der Abtei-Insel aufzuheben und für Restaurationszwecke zu verpachten. Der Antrag wurde abgelehnt und der Schulverwaltung aufgegeben, Maßnahmen zu treffen, daß der Platz in größerem Maße seinem Verwendungszweck nutzbar gemacht wird. Außerdem wurde noch einer Vorlage zugestimmt, wonach eine größere Ziegelei von der Stadt erworben werden soll.

Die Kriegsernährungskommission beschloß, daß der Eigenverdienst von Kriegerfrauen bei Anträgen auf Gewährung von Mietbeihilfen nur zu 50 Proz. in Anrechnung gebracht werden soll statt bisher 30 Proz. Der Beschluß bedeutet eine wesentliche Besserstellung. Bei Mietung einer neuen Wohnung mit höherem Mietzins soll von Fall zu Fall entschieden werden. Bisher wurden solche Fälle überhaupt nicht berücksichtigt. Mieterhöhungen derselben Wohnung, die bisher überhaupt nicht berücksichtigt wurden, sollen bis höchstens 15 Proz. berücksichtigt werden. Für den Fall, daß die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers verstorben ist und nur arbeitsunfähige Kinder vorhanden sind, kann die volle Miete bis zum Höchsttag von 40 M. gezahlt werden. Die sogenannten Existenzminima wurden zugunsten der Kriegerfrauen zum Teil wesentlich erhöht.

Neukölln. Lebensmittel. Ein Pfund Marmelade gelangt im Laufe der nächsten Woche auf Abschnitt 18 der allgemeinen Lebensmittelliste zur Ausgabe. Die Belieferung der Kleinhandlärer kann wegen der Futtermittelknappheit nur nach und nach erfolgen. Nach dem Eintreffen der Ware haben die Kleinhandlärer sofort mit dem Verkauf zu beginnen und dies durch Aufschlag anzuzeigen. 250 Gramm Weizen Grieß werden voranschließlich von Ende der nächsten Woche ab auf einen weiteren Abschnitt der allgemeinen Lebensmittelliste zur Verteilung kommen.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 4 der Eierkarte werden vom 22. d. M. ab zwei Eier a 38 Pf. abgegeben. Anmeldebilanz 5 der Eierkarte ist bis einschließlich 23. d. M. zur Abrechnung vorzulegen.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Bis Sonntag gelangt auf Abschnitt 88 der Lebensmittelliste je 1 Pfund Kunsthonig zum Preise von 75 Pf. zur Verteilung. — Bis Montag auf Abschnitt 8 der Eierkarte je 2 Eier a 38 Pf. zur Verteilung. — Abgabe von Saatkartoffeln. In der Verkaufsstelle der Gemeinde wird auf Abschnitt 12 der grauen Lebensmittelliste je 1/2 Zentner abgegeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Für das gleiche Wahlrecht in Preußen

finden am Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr, zwei Versammlungen

statt. Redner sind die Reichstagsabgeordneten Noske-Chemnitz, Hildenbrand-Stuttgart, Wisseff-Niederbarum und Landtagsabgeordneter Paul Pirich.

Eintrittskarten sind bei den Parteifunktionären und im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, Telefon: Moritzplatz 364, zu erhalten. Der Bezirksvorstand.

Berlin II. Am Sonntagvormittag findet eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Die Genossen und Genossinnen treffen sich um 9 Uhr in folgenden Lokalen: Ritzert, Steinmeystraße 80a, Reuner, Hagelberger Str. 20, Schuster, Chamissoplatz 4, und Reim, Urbanstr. 29.

Bezirk Lankwitz. Sonntag, den 21. April, abends 7 Uhr, findet bei L. Dohn, Kaiser-Wilhelm-Str. 34, Generalversammlung statt. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist dringende Pflicht. Gäste und Freunde unserer Richtung sind willkommen.

Die parteipolitische Bedeutung der Gemeindevahlen im Kreise Teltow.

Was der Wahlkampf in Niederbarnim räumlich zeitigte, vollendete der andere Bezirkskreis Teltow in den Gemeindevahlkämpfen: die Niederlage der Unabhängigen. Ueberall, wo unsere Partei Kandidaten aufstellte und zu Gegnern Unabhängige hatte, blieb die Partei siegreich. Es zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit, daß die Parteizurplitterer, die vorgaben, die Massen hinter sich zu haben, einer argen Selbsttäuschung erliegen sind.

So erfreulich auch der Sieg unserer Kandidaten ist und so beherztigt die Freude darüber auch sein mag, so darf doch eine Möglichkeit nicht übersehen werden, die für die zukünftigen Maßnahmen und die Haltung der Arbeiterkassen zum Nachdenken Veranlassung bietet. Die Wahlen vollzogen sich im Zeichen des Bürgerkriegs. Die Bürgerlichen übersehen das Schlachtfeld der streitenden Brüdern. Unter diesen Umständen mußte einer von ihnen siegen. Wahrscheinlich aber wäre mancher Wahlkampf mit einem anderen Ergebnis zu Ende geführt worden, wenn die bürgerlichen Parteien aktiv eingegriffen hätten. In verschiedenen Gemeinden war die Wahlbeteiligung verhältnismäßig gering. Hätten sich die bürgerlichen Parteien an der Wahl beteiligt, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Vertreter der Arbeiterkassen verdrängt worden wären. Ihr bisheriger Einfluß hätte damit eine erhebliche Einschränkung und Minderung erfahren. Und darüber darf sich kein politisch denkender Arbeiter, dem das Wohl der Partei und der Arbeiterbewegung am Herzen liegt, täuschen, daß bei nächster Gelegenheit, wenn die bürgerliche Stimmung völlig geschwunden ist, das Bürgertum nicht mehr Gehör bei Fuß stehen bleiben wird.

Fassen wir kurz die Einzelergebnisse der örtlichen Wahlkämpfe zusammen, so ergibt sich folgendes Bild. In Dreitzow verlor die zur Wahl stehenden Mandate der 2. und 3. Abteilung im Kampfe gegen die Bürgerlichen. Die Gemeindevertretung ist sozialistischer. Die sozialdemokratische Vertretung war den herrschenden Gemeindegewalten schon längst ein Dorn im Auge. Mit den zweifelhaftesten Mitteln, unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen wurde unter Leitung des Gemeindevorstandes dieses vorläufige Resultat erzielt. Wegen die Wahlen ist das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet worden. In Lankwitz galt es einen Stoß zu führen gegen die autokratische Herrschaft des Gemeindevorstandes. Zu diesem Zweck verbanden sich die Beamtenvereine, die der Freisinnigen und die Parteiorganisation und stellten einen gemeinsamen Kandidaten auf, der auch gewählt wurde. Ein Uebereinkommen mit den Unabhängigen und der örtlichen Parteiorganisation wurde in Sicht erade getroffen. Zwei Mandate standen zur Wahl. Die Vereinbarung ging dahin, daß jeder der Kandidaten einen Kandidaten aufstellte und sie sich gegenseitig Wahlhilfe und Unterstützung zusicherten mit dem Erfolge, daß beide gegen den Ansturm der Bürgerlichen gewählt wurden. In Wilkau siegte der Parteikandidat. In der II. und III. Abteilung konnten in Dabendorf bei Jossen unsere Genossen die bürgerlichen Gegenkandidaten aus dem Felde schlagen. Wir haben jetzt die Mehrheit in der Gemeindevertretung. Mit besonderer Spannung und lebhaftem Interesse wurde dem Ausgang der Wahlen in den angeblieben Hochburgen der Unabhängigen im Kreise in Mariendorf, Nowawes, Steglitz und Tempelhof entgegengefahren. In hartem Kampfe gegen die Unabhängigen siegte in Mariendorf die Kandidaten der Partei. Drei unabhängige Gemeindevertreter blieben auf der Strecke. Die Wahlbeteiligung war lebhaft im Gegensatz zu Tempelhof, der Kabbargemeinde. Dort verblieben die beiden zur Wahl stehenden Mandate der Partei und zwar wider Erwarten kampflös. Auch in Steglitz, der geistigen Geburtsstätte der Parteizurplitterer, konnten die Parteipoliten keinen Boden gewinnen. So ihre Partei den Kampf aufnahm, da unterlag sie in weitem Abstände dem Ansturm der Bürgerlichen, während unser Kandidat sein Mandat zu behaupten vermochte. Der härteste Gemeindevahlkampf zwischen den feindlichen Brüdern wurde zweifellos in Nowawes ausgetragen. Und hier erlebten die Unabhängigen ihr Damaskus. Sie wählten sich vor der Schlacht als sichere Sieger und als Beschlagene verließen sie den Kampfplatz. Alle trügerischen Deklamationen ihrer Presse vermochten die harten Tatsachen nicht aus der Welt zu schaffen, daß sie hier die schwerste Niederlage neben Mariendorf erlitten haben. Und am Ende der Wahlkampagne vermochten die Genossen von Johannisthal das Banner der alten Partei siegreich im Kampfe gegen die Unabhängigen aufzuführen und ihren langjährigen Vertreter im Gemeindeparlament aufs Neue dorthin zu entsenden.

Mit voller Befriedigung kann so auf den Ausgang der Wahlkämpfe zurückgeblieben und frohgemut den zukünftigen entgegengefahren werden. Die Wähler und vor allem die Arbeiter mögen sich des Wohlwuns eingedenk sein, wenn sie ihre Interessen nachdrücklich wahrnehmen wollen: Schließt die Reihen!

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Arbeiterjugend. Morgen Sonntag: Tageswanderung nach Königshausen. Treffpunkt 6 1/2 Uhr: Reuterplatz.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (B. a. G.), Hamburg. Filiale Berlin 3. Mitgliederversammlung Sonntag, den 20., abends 8 1/2 Uhr, bei Kayser, Reichenberger Str. 154.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Sonntag mittag. Kühl, teilweise auskühlend, jedoch überwiegend bewölkt, mit öfter wiederholten, spärlich der Ober flächenweise fallen, im Westen geringeren Niederschlägen.

Der Wagen brennt . . .

Ein D-Zug-Erlebnis von Ed. Thomas.

Wir sitzen in drangvoll fürchterlicher Enge, mehr stielter Cyrotten als Menschen gleichend. Die fremde Gunde beschneffeln sich die Reisenden gegenseitig. Das ältere Mädchen links hat sich anscheinend aufs Kauten eingerichtet; sie ist so empfindlich, sich so gar über meine Knie zu ärgern, die ob und zu ihr Kleid berühren. Nicht durch meine Schuld — davor schlägt sie ihr Alter. . . .

Neben mir sitzt ein Puder, der trotz dem kann, daß nicht nach Gewicht gezählt zu werden braucht. Eine Menge Gepäck hat er verkauft, als wolle er eine Reise um die Welt machen. Die Dame gegenüber fragt mich: „Gibt der Zug direkt nach Neustadt?“ — „Ja.“ — „Ganz ich da nicht unzufrieden?“ — „Nein.“ — „Kann ich sitzen bleiben bis Neustadt?“ — „Ja.“

Im Gang geht schon ein paar mal die Schaffnerin auf und ab. Halb sehe ich auch den Mann mit der roten Tasche und einem Gesicht, als ob der Zug auf seine Rechnung läuft. Er spricht aufgeregt mit dem Wagenwärter.

Im gleichen Augenblick hören wir von irgendwoher den Ruf: „Der Wagen ist befehlungen!“

Dies Wort, kaum verklungen, wirkt in unserem Abteil wie eine Stichflamme. „Um Gottes willen, der Wagen brennt!“ ruft es schon von wo anders her.

Die Mitreisenden weiblichen Geschlechts stellen sich jetzt wie Befessene. Aber auch zwei männliche Weiber bekommen es mit der Angst zu tun. Die ein aufgeregter Ameisenhaufen läuft es durcheinander. Jeder hat zwei bis drei Koffer im Reg. Nun stürzen sie alle wie wild drauf los.

„Mein Gott, mein Gott, helfen Sie mir!“ ruft meine Nachbarin, die sich über meine Knie geärgert hat.

„Aber bedrücken Sie sich doch, es ist wirklich keine Gefahr.“ Umsonst. Sie haben sich schon so in ihren Taschen, Schachteln und Koffern vertieft, daß die Leipziger Messe im Kleinen um uns herum liegt.

Inzwischen ist es auch in den anderen Abteilen lebendig geworden. Die ersten, die besonders um ihr Leben bangen, versammeln bereits draußen das Durchkommen. Einer, der anscheinend in Ariensternmühen reist, hat zwei Koffer quer in die Durchgangstür gestemmt, so daß sich alles staut. Er schneidet wie ein Nilpferd, hat aber keinen Erfolg. Rufen und Drängen der Nächsten, die sich schon in Flammen aufgehen sehen.

„Machen Sie halt da vorne!“ „Können vor Laden; ich sitze fest.“ Stimme von hinten: „Jann Donnerwetter, ich trete dir vor den Kopf! Du Affe, du glaubst wohl, wie sollen demetwegen zu Rauchfleisch werden?“

„Ich gebe dir gleich Affe, du dreißiger Bengel!“ „Was biste denn sonst? Gib doch deine Särge als Gepäck auf, alte Weibschlange. Du man los, los, los!“

Einer zerrt an seinen Koffern verzwehnt. Sie sitzen fest. Der Zugführer schreit: „Keine Verschafften, der Wagen wird beim nächsten Halten abgehängt. Bitte, verteilen Sie sich nach vorn.“

„Wie sollen wir denn das machen? Es kann doch kein Mensch vor und zurück. Sagen Sie mal dem krummen Luder da vorne die Koffer durch.“

„Ich hau' Ihnen gleich ein paar hinter die Bartbinde, wenn Sie noch . . .“ „Aa, meine Beene, zum Donnerwetter! Alles Duftel . . .“

Endlich ist der Handlungsbesessene mit seinen Bundesluden losgeritten. Von irgendwoher schreit gerade eine schrille Stimme: „Die Achsen glücken schon!“ Jetzt wird die Aufregung allgemein. Der eine im Abteil sieht es aus wie in einem Madentopf; alles quillt durcheinander. Nun, sind Sie endlich soweit, daß wir auch einmal an unsere Sache können.“

„Sind Sie nicht so rüchschlos.“ lautet die Antwort. — „Nun erlauben Sie.“ schimpft ein Herr mit goldener Brille, „Sie verbauen schon seit einer Viertelstunde den Platz; wegen Ihnen könnten wir andern töten. Ich bin sowieso für Feuerbestattung, ich kann warten.“

Jetzt meldet sich auch der Dide: „Plan keine Affregung; da kriegt man wenigstens mal warme Hagen, trotz Kollennot; der kann eener schon getragen. Schließlich bei die Preise will man ooch wat extra haben.“

„Tagen die ooch ihre Gutschen richtig schmier'n, dann gännte so was westerhole mich vorzomm.“ winkelt einer aus Leipzig, „da hat

ma nu e gemittliches Eckchen, nu gaut man sich de Beene in'n Zeit mein steh'n. Da gemte man doch glet biesen.“

„Et jekt de Wagens wie de Menschen“, sagt ein anderer. „Der Kett is knapp, gerade die, wo's brauchen, die kriegen's nich. De Mäder loofen sich hech un de Menschen kriegen's lieber! 's is aber janz Durst, wenn mer nu immerzu fliegen. Der jekt solange, bis uns allen de Huste ausbleibt.“

Endlich machen die Weibskente Luft. Aber nun ist brauchen der Gang zur Radelstie geworden. Fünfzig Menschen wollen an gleicher Zeit mit hundert Koffern durch. Dabei schupfen die von links nach rechts, die von rechts nach links. Fluchen, Schreien. Ein Kind heult, als ob es schon geschmort werde.

Langsam verbreitet sich ein scharfer, unmetallischer Brandgeruch, der in den Menschen die Angst aufweckt. Rücksichtslos geht nun das Schieben los, da auch die Mitreisenden in den anderen Wagen verwickelt worden sind. Schirme fallen, ein Koffer öffnet sich, sein Inhalt kugelt unter die Füße der aufgeregten Flüchtlinge. Und Zusammenstöße sind nicht zu denken.

Nunmehr weiter kämpft der Zug durch die Nacht. Mit Menschen, die Hurat und Entlegen primat, mit vor Angst verzerrten Gesichtern. In den wenigen Minuten haben sie alle vergessen, daß man seinen Nächsten lieben soll wie sich selbst. „Wenn nur ich durchkomme“, denken die meisten und — handeln danach. Die aus der ersten und zweiten Klasse gebären sich am schlauesten. Die Unterschiedliche sind aufgehoben, jeder raßt um sein Leben, alles kämpft um den Durchgang. . . .

Die Menschenmenge hat sich nun so verhalten, daß sie einen einzigen Körper mit vielen Köpfen bildet, aber dem sich Koffer und Taschen schwingen. Am Durchgang aber steht wie ein Standbild von Mannier der Wäiter. Er beobachtet die Achsen. Draußen an dem Hochhäuschen winkt eine rote Laterne: das Ausfahrtsignal ist gegeben. . . .

Langsam fährt der Zug in die Station ein. Er steht still. Die Achsen werden aufgerissen. Die Menschen, immer noch von der Angst getrieben, drängen, schubsen, stoßen, stürzen hinaus. Koffer fliegen durch die Luft. Insekten wie junge Wagen stehen die Vorderreifen nachtschind auf dem dunklen Bahnhofs; langsam verteilen sie sich in die vorderen Wagen.

Der stark rauchende Wagen wird entfernt. An den Holzstellen sängen helle Flammen empor. Das hat noch gut gegangen. Dann fahren wir weiter, um einen Wagen gekippt. „Verfluchte Schweineerei!“ häßt mein vorder Nachbar, der nun an meiner Seite im jugigen Durchgang steht. Er zählt seine Koffer.

„Die nur die Leute so roh sein können“, kimpft einer, den ich beobachtete, wie er rücksichtslos alles über den Gangen rammt. Weiter wendet sich der Zug durch die Finsternis. Die Mitreisenden sind wieder Menschen geworden. In mir zittern die durchdrachten Minuten nach. Die mich vorhin einen rücksichtslosen Menschen nannte, wickelt eben schon wieder über die Weierstelle. Schatz Bismarck hänt sie für einen geben müssen; dafür habe man früher ein Gutm bekommen. . . .

Da weiß ich, daß die Gefahr vorüber ist. . . .

Die ukrainische Nationalhymne

nach der Uebersetzung von Konrad Guenther.

Noch nicht hochst du, Ukraina, dich, dein Ruhm lebt weiter, und der Himmel, junge Brüder, wird uns wieder heiter! Schwanden werden mitre Feinde, Ton vor Sonnenstrahlen, Heres werden wir dabei sein mit den Erdborn allen! Seel' und Leid, wir geben's freudig, soll's die Freiheit gelten. Brüder, denk, wir sind die Engel von Kofalenbeden!

Ein Augenzeuge über den Vulkanbruch auf San Salvador.

Es vergeht jetzt zuweilen recht viel Zeit bis zum Empfang genauer Nachrichten über den Verlauf von Naturereignissen, die sonst sofort den Telegraphen in Bewegung setzen und längere Zeit in Atem halten würden. So kommt erst jetzt aus England ein einigermaßen ausführlicher Bericht über das Erdbeben und den Vulkanbruch auf der Insel San Salvador dem 7. Juni 1917, der nicht viel weniger bestig und folgenschwer gewesen zu sein scheint, als

die berühmte Katastrophe von Martinique. Ein Augenzeuge dieses gewaltigen Naturereignisses berichtet: Schwache Erdstöße wurden schon mehrere Tage vor dem Franzosenbruch verspürt, aber da sie in dieser geringen Stärke zu den gewöhnlichen Erscheinungen gehörten, wurde ihnen keine Bedeutung beigegeben. Am Tage des Bebens wiederholten sie sich mehrfach, doch wurden die hergebrachten religiösen Prozessionen veranstaltet, und nichts deutete auf den Eintritt einer nahen Katastrophe. Vor 7 Uhr abends erfolgte ein Stoß von mehr als gewöhnlicher Festigkeit und unmittelbar darauf ein weiterer von fürchterlicher Gewalt, der alle Häuser bis auf meine, das aus Holz gebaut ist, zum Einsturz brachte. Der Staub der fallenden Häuser war im Abendlicht einer ungeheuren Rauchwolke zu vergleichen, und überall war das Getöse von zusammenstürzenden Mauern und niedersitzenden Pfeilern zu vernehmen. Jetzt folgte in Abständen von wenigen Minuten Stoß auf Stoß. Um 8 vor 8 trat ein schreckliches Rauschen ein. Es war zunächst unmöglich festzustellen, was es sein konnte. Wöglich vermischte sich mit diesem Geräusch das Getöse schwerer Detonationen, und gleichzeitig erfolgte ein Ausbruch von Flammen, die hoch am Himmel hinauf, nun wurde es klar, daß einer der benachbarten Vulkane in heftigen Ausbruch geraten war.

Die ganze Nacht und den nächsten Tag ließen sich Erdbeben, Detonationen, Rauch und Flammen nicht einen Augenblick in Ruhe, und erst fünf Tage nach dem Eintritt der Katastrophe begannen sich die Gebäude etwas zu mildern. Am folgenden Morgen nach einer unruhigen verbrachten Nacht, konnten wir hinaus gehen und den angerichteten Schaden abgesehen. Die Häuser in Ruinen, die schwersten Maschinen fortgeschleudert, und jede Verbindung mit der Außenwelt abgebrochen. Am Abend erklomm ich einen Hügel, um das Schauspiel des Ausbruchs zu überschauen. Der Vulkan war eine dicke Rauchmasse, die aus mehreren neuen Kratern hervorbrach, und auch das darunter gelegene Tal erlitten wie ein Fluß von Rauch und Flammen, die aus dem Strom brennender Lava und heiligem Schlamm hervorquollen. Die drei Städte in diesem Tal hatten aufgehört zu bestehen. Eine Wolke heißer Asche wurde durch den Wind über den Kamm des Gebirges bis zur Stadt San-Gabriel fortgetrieben. Die herrlichen Kaffee- und Indurplantagen waren verlegt und wenigstens 25 000 Zentner Kaffee und 70 000 Zentner Indur verloren. Die Stadt Armentis, die schon 1815 durch ein Erdbeben fast gänzlich hatte, ist jetzt völlig zerstört. In der Hauptstadt San Salvador ist kaum ein Haus unbeschädigt geblieben, der Schaden wird auf 60 Millionen Pesos geschätzt.

Notizen.

— Ein neues Ausstattungstheater. Das Palast-Theater am Zoo wird mit der kommenden Spielzeit nicht mehr als Spezialitäten-Theater weitergeführt werden. Die Direktion geht in andere Hände über. Der Spielplan soll literarische Werke solcher Art umfassen, die ganz besondere Ansprüche an Inszenierung, Ausstattung und musikalische Illustration stellen. Reinhardt wird also hoffentlich ernsthaften Wettbewerb bekommen.

— Die Chemnitzer Theater werden mit Beginn der neuen Spielzeit von der Stadt in eigene Verwaltung übernommen, sowohl die der Stadt eigenen wie die von ihr gepachteten.

— In freien Stunden. Von dieser illustrierten Wochenchrift (Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“) liegt wieder ein fertiger Band, der zweite des Jahres 1917, vor. Es ist ein stattliches Buch von über 600 Seiten, reich an Text und Bildern. Ein erster Teil hat zwei Romane zu nennen: „Aus eigener Kraft“ von Valentin Traub, der uns den Aufbruch der Industrie in ein armes Bergbauendorf in dramatisch bewegten Szenen veranschaulicht, und „Die Rohlendrenner“ von dem Dänen Johannes Nielsen, der auf kulturhistorischem Hintergrund eine packende Liebesaffäre schildert. Ein gutes Duzend kleinerer Erzählungen, zum Teil humoristischer Natur, schließen sich an, und mehr als zwanzig zumeist illustrierte Aufsätze verschiedener Art sorgen für Belehrung. Daneben finden sich zahlreiche Gebilde und eine Fülle Notizen aus allen Wissensgebieten, ferner Anekdoten, Sinnprüche, Rätsel, Rätsel und die immer wiederkehrende Rubrik „Scherz und Satire“.

— Geräuertes Ruschfleisch scheint die zweckmäßigste Verwendung der Rindfleisch zu sein, wenn man sie nicht frisch genießen kann. Es scheint nach den holländischen Erfahrungen, über die „Promethens“ berichtet, schmackhafter als gepökelte Rindfleisch oder Rindfleisch. Die geräuerte Ruschfleisch enthält 80 Proz. Wasser, 27 Proz. Eiweiß, 6 Proz. Fett und 18 Proz. Rohstoffe. Ist also an Nährwert mindestens dem Rindfleisch gleichwertig: Das Pfund dieses Ruschfleisches kostet in den Niederlanden etwa 1,25 bis 1,40 Fl.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Diding.

Es war nahe an Mitternacht, als sie die Bergbirken und die Hochebene verließen und ins waldlose Hochgebirge hinauf kamen. Hier lag noch Schnee, und sie hatten Mühe, einen einigermaßen trockenen Platz zu finden, auf dem sie ein paar Stunden rasten konnten.

Neben ihnen stand die gelbe Schneerainne in dem rinnenden Eiswasser, und ganze Büschel von hellroten Azaleen schwammen dazwischen. Der Wind wehte kalt hier oben, von Schnee und Eis abgekühlt, aber Agren empfand es nicht, und er war höchst erstaunt, als Gerell wieder ausbrechen wollte. Agren konnte sich nur schwer von der Aussicht losreißen. Unter ihnen lag der Birkenwald in blaugrünem Halbschatten, hier und da leuchtete gelb eine Wasseransammlung. Noch weiter unten lag das Moor an in graubraunem Ton, und dahinter wieder lag der sieben Meilen lange Tornejaur wie ein blanker Schild, der jeden Augenblick die Farbe änderte und alle Härtegrade von gelb über dunkelgelb, rot, violett, blau und grau wieder und wieder durchmachte, bis über den Bergen im Norden die Mitternachtssonne aufging und ihn in einem Nu in Gold tauchte. Da gingen die Schatten der nördlichen Berge aus Tiefblau in Rubinrot über, und durch das ganze Verdort rollte Boge um Boge aus rauchgemischten Blutwolken, und ein Berggipfel nach dem andern leuchte im Feuer auf.

Wenn Agren ganz intensiv hinsah, konnte er die Baracken unten an der Bahn erkennen, klein wie Vogelnester, und als er von Gerell das Fernglas entlich, sah er sogar, daß aus einigen Rauch aufstieg. Auf einer Schneehöhe oben am Südhang des Ruolja lag eine große Rentierherde, und er machte den Versuch, mit dem Fernsicher die Tiere zu zählen, gab es aber auf, als er über hundert gezählt hatte. Gerell sahte seinen Arm und deutete nach Westen. Da kreiste ein Adler hoch über den blutriesenden Gipfeln, segelte in weiten Kreisen und zog nach Norden, bis er hinter den Bergen verschwand. Das war ein König, der in dieses Reich hineingepaßt.

Sarri hatte schon eingepackt, ehe Agren daran dachte, seine Habfeligkeiten zusammenzuraffen. Als er Sarri fertig dastehen und warten sah in dunkelblauem Wams und blauer Ripselmütze mit feuerrotem Troddel, kam ihm zum Bewußtsein, wie ähnlich die Lappentracht den Bergen

war, wenigstens in der Nacht. Daraus ergab sich ihm eine Theorie, wie die Lappentracht entstanden sein mochte. Er wollte sie Gerell mitteilen, als er merkte, daß dieser hinter den großen Felsblöcken verschwunden war, die ihnen den Weg verperrten.

Er lud den Rucksack auf den Buckel und woltfolgen, als kurz hintereinander zwei Schiffe knallten. Sarri ist in großen Sprüngen hinter Gerell her. Sie entdeckten ihn bald. Er hatte einen Hund geschossen und hatte schon die Plinte hängelegt, um das Fell abzugießen, als Sarri, der zwischen den Felsblöcken umherstöberte, ihnen zuschloß. Gerell griff nach der Plinte, aber der Lappe machte erst eine abweichende Handbewegung und begann dann zu winken.

Als sie zu ihm kamen, stand Sarri und rockerte mit dem Stock bewirkte Meldersegen und Knochen hervor, die unter einem Stein lagen.

Sarri sah sehr nachdenklich aus, ehe er eine Erklärung abgab.

Es war sicher ein Lappe gewesen, das sah man an den Meldersegen — das Messer lag auch da. Er war wohl in den Schneesturm hineingeraten oder vom Bären erschlagen, denn der pflegte hinter den Felsblöcken zu lauern und zuzulangen, wenn man vorbeikommt. Dann schleppte er den Erschlagenen fort, grub ihn im Schnee ein und wählte zur Sicherheit ein paar stattliche Steine darauf. Im vorigen Jahr hatten die Lappen die Hälfte von einem alten Lappentracht jenseits des Tornejaur unter einem Stein vergraben gefunden. Dieser hier aber hatte sicher viele Jahre dazugelegt, da nur noch so wenig übrig war.

Sarri grub die Meldersegen und die Knochen wieder ein und legte einige Steine darauf.

„Ja, so geht es mit uns allen“, sagte Gerell und stand da und sah zu. Agren, der diese Reflexion nicht sehr angenehm fand, drehte sich um und ging.

Tief in seinem Herzen tat etwas weh. Heberall stieg man auf dies Wilde, Brutale, Heberall Kampf auf Leben und Tod. Die Welt war eine einzige große Mördergrube.

Im Laufe des Vormittags kamen sie an den Mantasjärvi. Der lag wie ein großer Smaragd in der Einfassung der blauen Berge.

Mit dem Boot, das am Strande lag, fuhrn sie über den Smaragd hinüber und landeten unter dem wütenden Gefläß der Lappengunde bei den aschgrauen Felten. Agren war befangen und sah, als aber Sarri und Gerell ohne weitere Vorbereitungen das größte der Felte

betraten, folgte er ihnen. Eine Lappenfrau hockte am Boden und rührte langsam in dem Kessel auf dem Herd, während ein paar Kinder zwischen den Rentierfellen umherfrabbelten. Der Frau gegenüber lag ein alter Lappe, der hoch in den Neuzigern sein mochte, und rauchte, während er in gleichmäßigen Zwischenräumen einen braunen Strahl immer genau auf den gleichen Stein am Herd spuckte, daß es zischte. Den Rücken den Eintretenden zugekehrt, sah eine Frau und werbe Hand mit einem Gegenstande, der wie ein Stamm aussah. Gerell, der sofort konstatierte, daß sie jung und rotbackig war, froh zu ihr hin und streckte sich zu ihren Füßen aus. Agren, der neben dem Eingang blieb, bekam einen Dolchhieb zum Eigen, Sarri unterhielt sich mit der Birin, während er die Schuhe aufschnürte und das Schuhchen auf den Steinen ausbreitete, wo es naher lag und stank.

Der Kessel wurde abgenommen, und statt dessen kam der Kaffeetopf aufs Feuer, ein Begehnen, bei dem Sarri sich lebhaft betätigte.

Das junge Mädchen, das ganz wunder schöne blaue Augen hatte und eine blühende Haut, half die Kaffeepföpfe abtrocknen. Gerell verwickelte sie mit den Augen und beiderte sie mit Winkt und Gefien, über die alle lachten. Die Birin, die der Meinung war, Agren löhe unbequem, brachte ihm ein paar Rentierfelle, während Sarri erzählte, daß sie auch mit einem Sarri verheiratet sei, der vierhundert Rentiere besäße und zwei Nächte hätte, daß sie aber alle oben in den Bergen seien, um die Räuber zu zähnen.

Agren streckte sich auf den Häuten aus, die Hände unter dem Kopf, und sah sich alles genau an.

Es war ein großes, prächtiges Bett. Durch das Feltuch sickerte auf der Sonnenseite ein gelbgraues Licht herein, und man sah bisweilen den Schatten eines Lappens sich abzeichnen.

Die andere Seite war dunkel und verschwand in Häuten und Bettboden. Dem Eingang gerade gegenüber lagen Kupferpfannen und Hausgerät aus geschliffenem Holz, alles zierlich und sauber. Das Bett ruhte auf kräftigen, gebogenen Pfählen, die, rufschwarz von Rauch, sich oben in der Ritze trafen, um den riesigen Rauchfang zu bilden, durch den ein Stück Woll zwischen dem Rauch, der vom Herd dort hinaufzog, hindurchschimmerte. Quer über den Herd lag ein starker Balken, von dem die Eisenfelle für den Kaffeekessel herunterhing. Die Birin, die noch immer am Herd hockte, trug ein leuchtendes Bruststück in rot-gelb-grün, das aussah, als sei es in aller Eile umgebunden. (Fortf. folgt.)

Der Verlust eines großen Passagierdampfers ist für die englische Handelsflotte besonders schmerzhaft. Nicht nur, daß ein Dampfer dieser Größe etwa 15 Millionen Mark kostete, ein Preis, der bei den heutigen Schiffpreisen erheblich größer ist, sondern es gehen mit einem beträchtlichen Dampfer auch beträchtliche Werte zugrunde, wie er in seinem Raume birgt. Vertraut man doch gerade den kleinen Passagierdampfern die festhalten und eifrigsten Güter an, wie man bei der großen U-Boot-Gefahr auf solchen Schiffen immer wähnt, als auf gewöhnlichen Frachtdampfern. Die Nationenladung an Gold der von dem Dampferer Rössow aufgebrachtem Apparat und die überaus wertvolle von E. M. S. Wolf nach der Heimat gebrachte Ladung des Passagierdampfers Sitachi Maru sind sprechende Beweise für diese Tatsache.

Aus Trümmern und Rettungsbooten ließ sich der Name des verirrten 18 000 Tonnen-Dampfers nicht feststellen, weil die Engländer an den Schiffen und deren Ausrüstungsgegenständen seit langer Zeit alles beiseite haben, was auf den Namen und den Heimatsort des Fahrzeuges schließen lassen könnte.

Wilhelm Kolb

Eine schmerzliche Ueberraschung bedeutet für die ganze Partei die aus Karlsruhe kommende Kunde, daß Wilhelm Kolb gestorben ist. Außerhalb des Verwandten- und engeren Freundeskreises des Genossen Kolb ahnte niemand, daß er vom Tode geschmetzelt sei. Er war am 21. August 1870 geboren, stand also erst im 48. Lebensjahr, und galt in den Augen der Parteigenossen, die ihn von früheren Parteitagungen und ähnlichen gelegentlichen Zusammenkünften her kannten, als ein heftigster, in der Vollkraft der Jahre stehender Mann. Wie dauernd enger mit ihm verkehrt, konnte allerdings schon seit Jahren bemerkt werden, daß er mit einer Schwächung der Lebenskräfte zu kämpfen hatte. Der Wille zur Arbeit überwand die verschiedensten Gesundheitsstörungen, denen Kolb im Laufe der Zeit ausgesetzt war. Jetzt hat ihn ein tödliches Blasenleiden niedergedrückt.

In politischen Leben und in unserem deutschen Parteileben war Wilhelm Kolb eine charakteristische Erscheinung, vielleicht der ausgeprägteste Typ des sozialdemokratischen Realpolitikers. Seit mehr als zwei Jahrzehnten trug er das Banner der praktischen Reformpolitik voran und erwarb sich mit seinem festen Bekenntnis die Achtung seiner Gegner nicht minder wie die seiner Freunde. Man mochte sich zu seinen Anschauungen stellen wie man wollte, das Zeugnis, daß man in ihm einen aufrechten, willenstarken Mann mit freisinnigem Blick und selbständigem Urteil vor sich hatte, konnte ihm niemand versagen.

Was Kolb aber war, das ist er auch sich selbst heraus geworden. Als Arbeiterkind in Karlsruhe geboren, stand ihm nur die Volksschule offen. Er erlernte den Malerberuf und lehrte von der Wanderschaft nach seiner Vaterstadt zurück, in der wir ihn bereits Anfangs der 90er Jahre lebhaft in der Partei tätig sehen. Mit jugendlichem Temperament nahm er teil an der Besprechung der letzten Reichstagsreden, die gemeinsam in Baden die Gemüter stärker erregten wie im übrigen Reich. Er war in diesen Auseinandersetzungen durchaus nicht von vornherein ein Vertreter der nüchternen Besonnenheit; auch Kolb hat seine Sturm- und Drangperiode erlebt. Sehr bald aber schärfte sich sein Blick für das praktische Mögliche. In dem Kampfe zwischen Revisionismus und Radikalismus galt Kolb bereits vor der Jahrhundertwende als ein markanter Vertreter der damaligen Ideen Eduard Bernsteins, und bemühte sich, sie im praktischen politischen Leben zur Geltung zu bringen. Dazu bot sich ihm auf dem Karlsruher Rathhause zunächst als Stadtdirektor, später als Stadtrat, vor allem aber im badischen Landtag Gelegenheit, in den er 1903 als Vertreter eines der Karlsruher Wahlkreise eintrat.

Sein Ziel war, die politische Kraft, die in der wachsenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei schlummerte, umzusetzen in politischen Einfluss. Politischen Einfluss aber, der sich in der entscheidenden Einwirkung auf das politische Geschehen äußert, kann eine Widerstandspartei in der Regel nur ausüben durch Vereinigung ihrer Kräfte mit den ihr am nächsten stehenden Parteiorganisationen zwecks Bildung einer Mehrheit. Von diesem Gedanken geleitet wurde Kolb gemeinsam mit seinem Freund Frank zum Vorkämpfer des badischen Großblocks, der mehr bedeuten sollte als eine Wahlgemeinschaft zur Gewinnung von Mandaten und Vermeidung einer Alleinregierung des Zentrums im badischen Landtag. Wie die Großblockpolitik Kolb zum Kampfe gegen die These der Budgetabschnung führte, wie das ganze Vorleben durch diese Dinge aufgewühlt wurde, das hat heute nur mehr historisches Interesse, verdient aber, hier gestrichelt zu werden, weil Kolb in diesen Kämpfen in den vordersten Reihen stand und auch geschlossenen Reihen gegenüber selbstbewusst, konsequent und eifrig seine Anschauungen vertrat. Mit zahlreichen Aufzügen in seinem „Volkstheater“, mit dem er seit dessen Erscheinen in Karlsruhe verflochten war, und in politischen Kreisen trug Kolb auch bei zur theoretischen Vertiefung der tatsächlichen Debatten und vertrat dabei beharrlich die Auffassung, daß die radikale Theorie der Partei nicht mehr im Einklang stehe mit ihrer reformistischen Praxis. Kolb mag in diesen Erörterungen zuweilen über das Ziel geschossen und den radikalen Weg der Partei, der schließlich auch als eine Realität gewertet sein wollte, nicht immer genügend berücksichtigt haben, aber Beachtung hat er sich doch immer zu sichern gemacht.

Von den Schwierigkeiten, die sich der dauernden Zusammenarbeit zweier oder mehrerer Parteien, die eine Weltanschauung trennt, in den Weg stellen, hat Wilhelm Kolb sich genügend bewußt. Er hat sie mühsam überwunden, aber schließlich, als die Parteigruppierung während des Krieges eine veränderte Gestalt annahm, bewies er sich die Anregung zur Auflösung des badischen Großblocks gegeben, wie er lange Jahre hindurch sein erster Verteidiger gewesen war. Auch aus der Tatkraft der Partei im Krieg, die Kolb aufs nachdrücklichste unterstützte, hat er in einer Broschüre die Folgerungen im Sinne seiner Anschauungen gezogen, die er auch vor einem halben Jahr auf dem Würzburger Parteitag noch einmal warmherzig vertrat hat.

Ergibt sich aus diesen Erinnerungen die Schwere des Verlusts, den die Sozialpartei durch den Tod des ehrlichen Kampfes Wilhelm Kolb, der den Gedankensampf in ihren Reihen in hohem Grade zu befruchten wußte, erlitten hat, so wird mit dem Ausscheiden Kolbs aus der engeren badischen Parteibewegung in diese eine Lücke gerissen, die so bald nicht auszufüllen sein wird. Seitdem Ludwig Frank im französischen Schlachtfelde ruht, galt Wilhelm Kolb als das geistige Haupt der badischen Partei. Er war der Vorstehende der Landtagsfraktion, vertrat sie in großen politischen Fragen rednerisch innerhalb und außerhalb des Landtages und schied schließlich durch die Presse und Broschüren. Bei aller kühlen Nüchternheit, die seiner politischen Haltung das Gepräge gab, führte er, wenn es sein umhieß, doch eine recht scharfe Klinge und scharte sich nicht, den Ministern Durch und Bodmann herbe zu wecheln zu sagen. Kolb wird der badischen Landtagsfraktion längst sehr fehlen und er wird in der ganzen badischen Partei, die ihm viel zu danken hat, und in der sein Wort viel galt, oft vermisst werden. Nabegu dreißig Jahre lang hat Kolb das badische Parteileben gefördert und mit seinem regen Geiste beeinflusst; die Spuren seiner erfolgreichen Arbeit werden nicht so bald verwischt werden.

Die Uebergangswirtschaft.

Der Ausschuss für Handel und Gewerbe legte am 18. April die Generaldebatte über die Frage der Uebergangswirtschaft vor.

Krämer (Soz.) führt aus, daß die Sozialdemokratie von dem gegenwärtigen „Kriegssozialismus“ keineswegs begeistert sei. Sie betrachte ihn lediglich als das kleinere Übel. — Bergfeld (N. Soz.) tritt für sofortige Weiterberatung der vorliegenden Verhandlungen ein. — Reimann (natl.) betont, daß die Schuld an einer Verzögerung der Beratung nur auf die Regierung falle, die das Ermächtigungsgesetz immer noch nicht eingebracht habe. — Müller-Kulda (Z.) tritt auch für baldige Schaffung der Organisationen, aber erst auf Grund des neuen Ermächtigungsgesetzes ein. — Rieker (natl.) hält seinen Antrag, das Ermächtigungsgesetz abzuwarten, aufrecht, Einzelberatungen der Verhandlungen seien vor Einführung des neuen Ermächtigungsgesetzes unmöglich.

Unterstaatssekretär Dr. Köpfer weist darauf hin, daß die Verhältnisse gebieterisch verlangen, die Organisationen alsbald zu schaffen; ohne diese Grundlagen sei die schwierige Uebergangswirtschaft nicht zu führen. — Wollensbuh (Soz.) ist der Meinung, daß man in die materielle Beratung der Verhandlungen eintreten solle; die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vorkriegszeit seien für die Folge unmöglich; auch im Frieden könne man ohne starke Eingriffe nicht fertig werden. — Riesling (Sp.): Das bisherige Ermächtigungsgesetz habe einen Zustand vollkommener Rechtslosigkeit herbeigeführt, es dürften daher keinerlei Verordnungen des Bundesrats erlassen werden, bevor das neue Ermächtigungsgesetz vorhanden sei, gegen eine Verletzung der genannten Verordnung wolle er nicht einmischen. — Jädel (N. Soz.): Ohne die Reglementierung durch den Staat wären die Dinge noch viel schlimmer geworden, die Unternehmer seien dabei nicht so schlecht gefahren.

Angenommen wurde einstimmig der Antrag 80, abgelehnt gegen 8 Stimmen der Antrag 89.

Der Antrag Rieker, die Beratungen zu vertagen, bis das neue Ermächtigungsgesetz vorliegt, wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Weder (Amdtberg): den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich den Entwurf eines die Befugnisse des Bundesrats abgrenzenden Ermächtigungsgesetzes für die Uebergangswirtschaft vorzulegen, wurde einstimmig angenommen.

Zum Entwurf einer Regelung der Uebergangswirtschaft für die Textilindustrie führt Hofrat Böttner (Reichswirtschaftsamt) aus, daß die Hauptfrage die Frage zweckmäßiger Verteilung sei. Valuationsfragen dürften bei der Einfuhr textiler Rohstoffe nicht maßgebend sein, da aber die Einfuhr für vollkommene Befriedigung des Gesamtbedarfes nicht groß genug sein werde, sei eine organisatorische Regelung unerlässlich, indes sei beabsichtigt, alle Eingriffe auf das äußerste geringste Maß zu beschränken. — Die Beratungen wurden dann vertagt.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion beriet am Freitag über die neuen Steuerentwürfe. Als Redner für die erste Lesung wurden bestimmt die Abgeordneten Reil und Müller.

Der Bluff der Wahlrechtsfeinde.

„Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts ist gesichert“, so jubelt die „Deutsche Zeitung“ in fetten Lettern an der Spitze des Blatts. Die Mehrheit der national-liberalen Landtagsfraktion habe nach wie vor den festen Willen, unter allen Umständen im Plenum gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts zu stimmen und somit sei schon heute das Schicksal der verhassten Vorlage beieigelt, die Ablehnung gesichert. Dann heißt es:

Eine Erwägung muß vor allem diesen Willen der national-liberalen Gegner des gleichen Wahlrechts ins Ansehung bringen: die Erwägung, daß es die Rücksicht auf das vaterländische Gesamtwohl der Regierung verbietet, die Auflösung des Abgeordnetenhauses zu wagen und so inmitten des Krieges einen leidenschaftlichen Wahlkampf zu entfesseln. Es braucht somit kein national-liberaler Gegner des gleichen Wahlrechts zu befürchten, daß seine unerwünschte Gegnerschaft dazu beitragen könnte, einen so verhängnisvollen Entschluß der Regierung herbeizuführen. Je entschiedener die national-liberalen Mehrheit auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrt und ihren unbedingten Willen zur Geltung bringt, um so weniger kann die Regierung der ihr von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite zugemuteten Absicht Raum geben, Neuwahlen vorzunehmen.

Der Bluff ist zu durchsichtig, um wirken zu können. Die „Deutsche Zeitung“ — die in Wirklichkeit über die Absichten der Nationalliberalen gar nichts weiß — will diesen für die Ablehnung des gleichen Wahlrechts den Rücken stärken durch die Vorpiegelung, die Regierung könne und werde die Auflösung nicht wagen. In Wirklichkeit steht die Regierung bei Ablehnung ihrer Vorlage vor der unausweichlichen Eventualität, aufzulösen — oder aber wortbrüchig und lächerlich zugleich zu werden. Eine Regierung, die wiederholt die Anwendung auch der härtesten verfassungsmäßigen Mittel angekündigt hat, die erklärt hat, sie stehe und falle mit dem gleichen Wahlrecht, muß jede Autorität einbüßen, wenn sie gleichwohl sich die Zertrümmerung ihrer Vorlage gefallen läßt, ohne mit der Wimper zu zucken.

Aber blühartig enthüllt der Trick der „Deutschen Zeitung“ die entsetzliche Angst der Wahlrechtsfeinde vor der Landtagsauflösung und dem zu erwartenden Volksgericht.

Sinnloses aus der „Deutschen Tageszeitung“.

Das Deutsche Komitee für internationale Sozialversicherung hat an den Reichskanzler eine Eingabe des Inhalts gerichtet, daß in die abzuschließenden Friedens- und Handelsverträge in weiterer Fortbildung früherer Eingabeorgänge allgemein eine Klausel aufgenommen wird, nach welcher die vertragschließenden Regierungen sich verpflichten, die auf dem Gebiete der Sozialversicherung und des Arbeitsrechtes getroffenen oder noch zu treffenden Vergünstigungen sämtlich einander gleichwertig und ihren Arbeitern und Angestellten gegenseitig zugänglich zu machen.

Hierzu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“: Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß im Reichstage zum russischen Friedensvertrag bereits eine Entschließung aller Parteien angenommen worden ist, die bewußt dieselben Forderungen erhebt. Es muß allerdings zweifelhaft erscheinen, ob sich die Sozialdemokratie bei ihrer Zustimmung der Konsequenz belohnt gesehen hat, indem sie Forderungen aufzustellen, die insbesondere von England nur nach dessen Niederwerfung zu erreichen sind. Bedeutet doch eine Ausdehnung der Sozialverfiche-

zung in England an die unsere eine schwere Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie. Man ersieht daraus, daß die Sozialdemokratie nicht einmal ihre internationalen Forderungen im Rahmen der Reichsentschlüsse erreichen konnte. Gleichwohl hält sie an diesem Fetisch fest.

In aller Unlogik des Denkens offenbart der Verfasser dieser Zeilen noch eine abgrundtiefe Unwissenheit auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Soust müßte ihm nämlich bekannt sein, daß bereits mehrere Jahre vor Ausbruch des Krieges England durch eine großzügige Sozialreform seine bisherigen Verhältnisse auf diesem Gebiete weitgemacht hat. Die englische Sozialversicherung hat in nicht unwesentlichen Punkten das deutsche Vorbild sogar erheblich überflügelt. Ursache der Reform aber war die richtige Erkenntnis, daß gerade der bisherige Mangel an Sozialpolitik die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie gegenüber der deutschen geschwächt hatte. Damit ist die Sinnlosigkeit der Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ wohl genügend gekennzeichnet.

Verfahren gegen die Mannesmannwerke.

In der letzten Sitzung des Reichstages wies Genosse Koste auf ein gegen die Mannesmann-Waffen- und Munitionswerke schwebendes gerichtliches Verfahren wegen Steuerhinterziehung hin. Es handelt sich um Vorgänge, die schon vor längerer Zeit zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung geführt haben. Dabei ergab sich auch der Verdacht der Verschönerung von Heeresangehörigen. Wie das „N. Z.“ mitteilt, hat dieser Verdacht sich derartig verstärkt, daß ein früherer Heeresangehöriger in Haft genommen wurde.

Gerade die Firma Mannesmann hätte alle Ursache gehabt, dem Staate reichlich Steuern zu zahlen. Würde doch um ihrer markantesten Interessen halber der Weltkrieg beinahe schon einige Jahre früher entbrannt, als er tatsächlich ausbrach.

Eine Besprechung des Fraktionsführers mit Herrn v. Kühlmann, die für heute geplant war, ist in letzter Stunde abgelehnt worden, weil sich der Staatssekretär auf der Rückreise vom Großen Hauptquartier eine Halsentzündung zugezogen hat. Diese Krankheit braucht nicht mit dem Verdacht in Zusammenhang gebracht werden, daß es im Großen Hauptquartier tatsächlich um den Hals des Staatssekretärs gegangen sei und daß seine Erziehung durch den Vaterlandspartei genehmerten Admiral v. Dintze unmittelbar bevorstehe.

v. Jodits' Rücktritt. In einer Rundschreiben an die „Post“ erklärt Herr v. Jodits, daß sein Entschluß, den Vorsitz im Hauptauschuss der freikonservativen Partei und in der freikonservativen Fraktion niederzulegen, lediglich die Folge des Rates seiner Partei gewesen sei. Sonstige an seinem Rücktritt geknüpfte Vermutungen seien irrig.

Laufende Kriegsbeihilfen an Altrentenäre. Zur Bewilligung laufender Kriegsbeihilfen an Reichsbeamten im Ruhestande und an Hinterbliebenen von Reichsbeamten und von Ruhegehaltsempfängern sind im Reich, wie in Preußen, vom 1. April 1918 ab erhöhte Mittel bereit gestellt worden. Die Beihilfen werden im Falle des Bedürfnisses gewährt, und zwar im allgemeinen in Höhe von 50 v. H. desjenigen Betrages, der an Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen den entsprechenden aktiven Beamten gezahlt wird. Aus besonderen Gründen kann über diesen Satz bis zum Vorkasse (100 v. H.) der Kriegsteuerungsbeiträge der aktiven Beamten hinausgegangen werden. Personen, die bereits Kriegsbeihilfen beziehen, brauchen einen Antrag nicht zu stellen, da die Neuverteilung der Beihilfen durch die zuständigen Behörden von Amts wegen erfolgen wird.

Das Schicksal der Strafe. In Magdeburg wurden am Mittwochabend zwei Kinder von einem Militärtransporteur, der hinter einem entweichenden Gefangenen herseh, getroffen und nicht unerheblich verletzt.

Kriegsbeihilfe eines Erzprieesters. Eine wunderschöne Kriegsbeihilfe muß der Erzprieester Kapiza dieser Tage in Laurahütte gehalten haben, wenn wir uns auf die Mitteilungen des „Oberschlesischen Kurier“, Nr. 81, verlassen dürfen. Der Diener Gottes machte sich das Wort eines Kindes zu eigen das erzählte, der Vater schlage im Felde die Russen kaput. Daran knüpfte der Erzprieester Kapiza die sinnige Betrachtung, wir hätten die Russen nicht nur kaput geschlagen, sondern auch kaput gearbeitet, wir hätten die Russen ferner kaput gebetet und schließlich auch kaput gefaselt. Er schloß mit den Worten: „Neh, wollen wir auch die Engländer kaput machen!“ Vielleicht gelingt es Herrn Erzprieester Kapiza, die Engländer kaput zu predigen.

Letzte Nachrichten.

Englischer Heeresbericht vom 19. April morgens.

Die feindlichen Angriffe südlich des Kemmel, deren Fortschreiten wir gestern morgen berichteten, wurden erfolgreich abgewiesen und andere vom Feinde in dieser Gegend während des Abends vorgetragene Angriffe von unserem Artillerie- und Panzereinheiten erfolgreich gebrochen. Mit Ausnahme beiderseitiger Artillerietätigkeit in den Abschnitten des Schlachtfeldes verlief die Nacht an der ganzen britischen Front verhältnismäßig ruhig. Es ist nun festgestellt, daß Regimenter sechs verschiedener deutscher Divisionen in den vergeblichen Angriffen tätig waren, welche vom Feinde gestern in dem Abschnitt Gibeuch — St. Venant unternommen wurden. Der Kampf bei Gibeuch wie an anderen Stellen dieser Front endigte mit der völligen Zurückweisung des Feindes, welcher am Schluß nur durch die entschlossensten und verlustreichsten Anstürme in beschränkter Weise an ein oder zwei Stellen in unserer vorderen Verteidigungsstellungen Fuß fassen konnte.

Die Lage in Ostasien.

Amsterdam, 19. April. Nach einem verspäteten Reuters-Telegramm aus Harbin haben die Bolschewiki an die chinesische Regierung ein Ultimatum gerichtet, den Russen Führer Semenov auszuliefern und seine Streitmacht zu entwaffnen. Da die Chinesen sich weigerten, beschloßen sie den Bahnhof Dauria an der Mandchurischen Eisenbahn.

Nach zuverlässigen Berichten sollen die Bolschewiki eine Streitmacht in der Nähe von Wladivostok zusammenziehen.

Kampfstellung der österreichischen Slawen.

Wien, 19. April. Die Präsidien des tschechischen und südslawischen Verbandes berieten gestern gemeinsam über den Wechsel im Außenministerium. Die von den Vätern veröffentlichte parteipolitische Mitteilung über die Besetzung wendet sich in bestimmten Worten gegen den Grafen Czernin und die deutschen Parteien und erklärt, die tschechische und südslawische Delegation werde auch weiterhin die demokratische Politik betreiben, mit dem Zweck, den österreichisch-ungarischen Nationen den sofortigen Frieden zu erkämpfen, durch den auch unter ihnen ein dauernder Frieden geschaffen werden solle. Beide Klubs hegen zu dem neuen Außenminister kein Vertrauen.

Gewerkschaftsbewegung

20 Millionen gewerkschaftliche Unterstützungsgelder!

Ein rühmendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften legt eine von der Generalkommission der Gewerkschaften veranlassete Umfrage ab, die die Unterstützungssummen der Gewerkschaften während der Zeit des Krieges vom 8. August 14 bis 31. Dezember 1917 ermittelt. In dieser Zeit sind insamt an Unterstützungsgeldern 119 494 914 Mark. Allein 3 858 220 Mark wurden an die Familienangehörigen der zum Heere Eingezogenen verausgabt. Gewiß ein stichfester Beweis, wie die Mitglieder der Gewerkschaften bereit sind, die unter der Last des Krieges am schwersten zu leiden haben.

25 187 215 Mark sind an Arbeitslose gezahlt. Hier kommt vor allem der Anspruch zur Geltung, der zu Beginn des Krieges, infolge der großen Arbeitslosigkeit in der Eisenindustrie, aber auch in der späteren Zeit hatten wir einige Industrien, die ihren Betrieb zu einem erheblichen Teil einschränkten, eine große Zahl Arbeitsloser den Gewerkschaften zur Unterstützung überwies. Wenn auch in solchen Fällen aus Staatsmitteln für die Arbeitslosen Unterstützung gewährt wurden, so wird doch der Zuspruch der Gewerkschaften willkommen gewesen sein.

Es ist heute an der Zeit, daß die Gleichgültigen einmal darüber nachdenken, wie es bei Beendigung des Krieges in der Uebergangszeit werden wird. Der Arbeitslose, der keiner Berufsorganisation angehört, verliert den Halt, den der Organisierte an seiner Gewerkschaft hat.

Der Rest der Unterstützungssumme 68 954 499 M. ist für Kranke, Invaliden, Kriegerunterstützungen und andere Hilfsleistungen aufgewandt. Der gewerkschaftlichen Tätigkeit gebührt für diese Leistung volle Anerkennung; noch erheblich mehr hätten die Gewerkschaften zu leisten vermocht, wenn die Hunderttausende der Abseitsstehenden rechtzeitig den Weg zur Organisation gefunden hätten. Viele von ihnen bleiben leider ihrer Berufsorganisation nur der Zahlung der Beiträge willen fern.

Wie verdammenwert ein solches Verhalten ist, das lehren mehr als viele Worte gerade diese angeführten Unterstützungssummen der Gewerkschaften.

Teuerungszulage und Nahrungsmittellieferung für die Herren-Nähmaschinen.

Am 11. und 13. April fanden zwischen den Zentralvorständen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Nürnberg zentrale Verhandlungen in bezug auf die Lieferung der Nahrungsmittel und Gewährung einer weiteren Teuerungszulage für das Schneidergewerbe statt.

Seit vielen Jahren ist im Schneidergewerbe die Forderung erhoben worden, daß die Arbeitgeber die Nahrungsmittel an die Arbeiter zu liefern haben. Statt der verlangten Lieferung der Nahrungsmittel wurde aber in den meisten Fällen eine Geldentschädigung gewährt. Als jetzt während des Krieges neben der Teuerung der Nahrungsmittel auch eine außerordentliche Knappheit eintrat, wurde von der Arbeiterschaft wiederholt die Lieferung verlangt. Im Laufe des vorigen Jahres lehnten die Berliner Arbeitgeber noch die Lieferung der Nahrungsmittel ab und gewährten eine Entschädigung, wobei auch festgesetzt wurde, zu welchem Preise sie die Nahrungsmittel an die Arbeiter verkaufen mußten und zwar ohne Rücksicht darauf, welche Preise sie

selbst zahlten. Auch diese Vereinbarung hat auf die Dauer nicht befriedigt, es wurde daher erneut die Forderung auf Lieferung der Nahrungsmittel erhoben. Auch bei den jetzigen Verhandlungen in Nürnberg lehnten die Arbeitgeber die Lieferung ab. Daraufhin wurde das Abkommen wegen der Entschädigung für die Nahrungsmittel mit sofortiger Wirkung gelündigt. Hieraus nahmen die Arbeitgeber an der Angelegenheit erneut Stellung und erklärten sich bereit, in Zukunft und zwar vom 1. Mai ab die Nahrungsmittel unentgeltlich zu liefern.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerung war eine weitere Teuerungszulage von 85 Proz. sowie die Erhöhung der Stundenlöhne der Arbeiter um 80 und der Arbeiterinnen um 20 Pf. pro Stunde verlangt worden. Die Verhandlungen über die Teuerungszulage fanden vor den Unparteiischen statt; an Stelle des Herrn Magistratsrats v. Schulz, Berlin, war Herr Oberbürgermeister Dr. Gehler als Unparteiischer eingetreten. Schwierigkeiten bot insbesondere der Umstand, daß neben einer prozentualen Lohnerhöhung eine Teuerungszulage in bestimmten Sägen gewährt werden war.

Die Unparteiischen machten zunächst den Vorschlag, neben den bereits gewährten Lohnzuschlägen eine durchschnittliche Zulage von 20 Proz. zu gewähren und dann eine Einteilung der einzelnen Orte in Klassen vorzunehmen. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt. So kam denn am späten Abend folgender Schiedsspruch der Unparteiischen zustande:

Unter Einrechnung der im November gewährten Teuerungszulage wird neben der 25prozentigen Lohnerhöhung eine weitere Zulage von 85 Proz. für Berlin 40 Proz. gewährt, so daß die Gesamtzulage 60 bzw. 65 Proz. zu den Tariflöhnen beträgt. Diese neue Teuerungszulage erfolgt unter den gleichen Voraussetzungen, wie die jetzt gewährte und wird ab 1. Mai gezahlt, gleichgültig, zu welchem Zeitpunkt die Arbeit in Angriff genommen wurde.

Dieser Vorschlag bedarf der Zustimmung der Parteien, die in den nächsten Wochen erfolgen muß.

Unabhängige und Gewerkschaften.

Die Zentralleitung der Unabhängigen erläßt folgenden Aufruf: Die Gewerkschaftsbürokratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfershelferin der Regierungspolitik betätigt, eine starke Mißstimmung in Gewerkschaftskreisen herbeigeführt. Diesem wird darüber geklagt, daß Gewerkschaftsführer selbstherrlich auftreten und die Selbständigkeit der Mitglieder mißachten.

Die dadurch erzeugte Unzufriedenheit der Mitglieder darf aber nicht dazu führen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und neue Gewerkschaften zu bilden. Die Mitglieder haben vielmehr innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geist erfüllt werden.

Dieser Aufruf läßt auf eine gewisse Ernüchterung schließen. Nachdem sich die Unabhängigen bei der von ihnen betriebenen Spaltung der politischen Organisation Niederlage auf Niederlage geholt haben, ist ihnen die Lust vergangen, bei den Gewerkschaften das gleiche Experiment zu wiederholen. Innerhalb der Gewerkschaften Kritik zu üben und auf Veränderungen zu dringen, steht den Gewerkschaftsmitgliedern natürlich frei. Auf Spaltungstendenzen, die ein Unfug und ein Unglück sind, wird man aber nach wie vor ein wachsames Auge haben müssen.

Gäßen die Unabhängigen die Logik, die sie in ihrem Gewerkschaftsaufbau entwickeln, auch gegenüber der politischen Organisation betätigt, so wären dieser die schweren Schädigungen der Spaltung eripart geblieben.

Dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands befinden sich zurzeit 78 Prozent der gesamten Mitglieder im Felde. Die „Der Steinarbeiter“ mittels, nehmen die Kollegen im Felde regsten Anteil an Verbandsleben. An die Dabeinbleibenden ergeht daher die Aufforderung, die Frühjahrswahlen zu fleißiger Parteilichkeit für den Verband auszurufen. An Unterstützungsgeldern hat die Organisation in den Jahren 1914 bis 1917 insgesamt 7 179 08 M. verausgabt, davon allein 3 514 07 M. für Familienunterstützung. Das Verbandsvermögen beträgt trotz dieser erheblichen Ausgaben noch über 1/2 Million Mark.

Parteinachrichten.

Unabhängige Wahlrechtsarbeit.

In Braunschweig wurden dieser Tage die unvermeidlichen Besprechungen der verschiedenen politischen Parteien über die Wahlrechtsreform in Braunschweig wieder aufgenommen. In diesen stellten sich auch die Unabhängigen ein. Sie hatten auf Verlangen der sozialdemokratischen Vertreter Eby, Dörter, Stegmann und Grenzen entsandt. Dörter beschränkte sich auf die Erklärung, daß er nicht gewillt ist, an einer Verbesserung des vorliegenden Gesetzes mitzuwirken, und entfernte sich hierauf. Die Gründe dieses Verhaltens wurden von den beiden anderen unabhängigen Vertretern noch etwas näher erläutert, die ausführlich, daß durch jede noch so geringe Verbesserung der Regierungsvorlage der Wahlrechtskampf auf Jahrzehnte gelähmt werden würde. Stegmann gebrauchte direkt die Worte: „Wenn Verbesserungen vorgenommen werden, so schadet das der Wahlrechtsbewegung.“

Dieses Verhalten zeigt einmal wieder deutlich, daß die Politik der Unabhängigen rein auf das Agitatorische eingestellt ist. Sie wollen keine Verbesserungen, um mehr Stoff zur Agitation zu haben. Diese Taktik haben sie ja auch im Reichstag zur Genüge angewendet, als sie die Verbesserungen des Vereinsgesetzes, die Kriegsgewinnsteuer, die Erweiterung der Erbschaftsteuer usw. ablehnten, und die Wähler haben ihnen in Niederbarnim hierfür die Quittung ausgefressen.

Industrie und Handel.

Das voranschreitende Ergebnis der neuen Kriegsanleihe.

In Frankfurt wird, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, angenommen, daß das Gesamtergebnis der neuen Kriegsanleihe mindestens zwölfhundert Milliarden erreichen wird. Die Beteiligung der Industrie, namentlich der Rüstungsindustrie, war recht lebhaft. Dagegen haben die Zeichnungen des privaten Publikums etwas nachgelassen. Diese Kreise haben sich an den früheren Anleihen in so umfangreichem Maße beteiligt, daß sie bei ihrer immerhin beschränkten Vermögenslage nicht mehr so stolz zeichnen konnten. Die Landwirtschaft hat nach bisherigen Beobachtungen mehr gezeichnet. Sie wird die Summe der durch kleine und mittlere Zeichnungen aufgebracht Beträge wahrscheinlich nach oben drücken. Jedenfalls kann schon jetzt gesagt werden, daß uns auch die dritte Anleihe einen glänzenden Erfolg gebracht hat. Sie reiht sich würdig den früheren Anleihen an und ist das beste Zeugnis für die außerordentliche Wirtschaftskraft Deutschlands.

Verantwortlich für Politik: Erik Rattner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schulz, Potsdam; für Kunst: Theodor Glöck, Berlin. Druck: Buchdruckerei „Der Arbeiter“, Berlin, Unter den Eichen 11. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Unter den Eichen 11. Vertrieb: alle Buchhandlungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsbüro Berlin, N 54, Vinteuferstraße 83-85
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 22. April 1918, abends 6 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Metallarbeiter Groß-Berlins im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1).

1. Die Krankenversicherung nach den neuen Bundesratsbestimmungen. 2. Brandangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschlüsse.
 4. Kollegen! Im Hinblick auf die wichtige Tagesordnung ist vollständiges und pünktliches Erscheinen erforderlich.
 Die Ortsverwaltung.

Direktion Max Reinhardt, Deutsches Theater.
 1 U.: Der Bürger als Edelmann.
 Kammerstücke.
 8 Uhr: Sumurun.
 Volksbühne.
 Theater am Blüppplatz.
 Untergrund. Schön. Tor.
 7 Uhr: Faust I.

Dir. C. Melhard - R. Bernauer.
 Theater in Königgrätzer Str.
 7 Uhr: Folkungersage.
 Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Die Zarin.
 Berliner Theater
 7 Uhr: Blitzblaues Blut.

WINTERGARTEN
 Gastspiel Ballett-Chorell
 Künstl. Leitg. u. Kostüm-Entw. Franz Krainer
 Choreograph. Leitung: Eric Carell
 sowie der große April-Spielplan!

Admiralspalast.
 Novität Die Prinzessin von Tragant
 Saßjah Deutsche Tänze
 7 1/2 Uhr, 2, 3, 4, 5, 6 M.

Theater für Sonnabend, 20. April.
 Central-Theater
 Kommandantenstraße 57.
 7 1/2 Uhr: Die Oskardasfürstin
 Morgen 8 1/2 Uhr: Jugend.

Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: Tannhäuser.

Friedrich-Wilhelmstheater
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
 7 1/2 Uhr: Nante.

Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmadel.
 9 1/2 Uhr: Wohlt. V. u. Besten kriegsvl. Flieg. u. d. Hinterbl. Schwarzwaldmadel.

Metropol-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
 Morg. 3 U.: Die Kaiserin.

Morgen Sonntag
 10 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 12 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 14 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 16 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 18 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 20 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 22 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 24 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 26 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 28 1/2 Uhr: Reichstagsufer
 30 1/2 Uhr: Reichstagsufer

Reederei Kahnt & Hertzner
 Dampfer-Extrafahrt ab Waisenbrücke.
 Bis auf weiteres jeden Sonntag nachm. 2 Uhr nach Reichstagsufer
 Ab Reichstagsufer direkt am Bahnhof Friedrichstraße.
 Morgen u. folg. 19 Uhr Sonntags 1 nach Werder zur Baumblüte.

Cigaretten i. großer Auswahl
 F. Ernst Borch, Berlin, Elsenstr. 21.

Alkoholf. Getränke
 Franz Abraham
 Ratz. Messing u. Kömmerling-Kell. C. 35 Barthelemy St. Fernsp. Kpt. 13705

Bandagen, Gummiw.
 R. Banko, Stralauer Str. 54.
 A. E. Lang, Brunnenstr. 146

Älcher u. Konditorien
 Otto Wolff, Treptow, Kranstr. 16

Bierbrauerei, Bierhandl.
 Brauerei Bützow
 empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.

Central-Bad
 Diana-Bad
 Passage-Bad
 Reform-Bad, Wlener Str. 66.

Bezugsquellen-Verzeichnis
 Erscheint 2 mal wöchentlich.
 Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Wilhelm, Wer, K220
 Wilhelm Göbel
 25 eigene Filialen.

Gebrüder Manns
 48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.
 43 Verkaufsstellen

August Holz
 15 Detail-Geschäfte

Central-Bad
 Diana-Bad
 Passage-Bad
 Reform-Bad, Wlener Str. 66.

Mönchener Brauhaus
 Berlin und Oranienburg
 Trink Wainnager Bier
 Weissbier, C. Breithaupt.
 Palmsendstr. 97 Tel. 2881, 2882

Timmer-Essig
 Oberstl. erhaltlich!

Bellmann, E., Nähmaschinen
 Gollnowstr. 26

Singer Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.

Gaede, Otto
 F. W. Sichter
 Schuber, Carl, Klein, Bergstr. 145

Meierei C. Bolle
 A.-G.
 Berlin N. W. 21 Alt Moabit
 80, Köllnische Damm 101/103
 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb

M. Müller
 80, Köllnische Damm 101/103
 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb

W. Müller
 80, Köllnische Damm 101/103
 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb

S. Müller
 80, Köllnische Damm 101/103
 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb

W. Müller
 80, Köllnische Damm 101/103
 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb

S. Müller
 80, Köllnische Damm 101/103
 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb

NATIONAL-THEATER (Deutsch-Amerikanisches Theater).
 Montag, den 22. April:
 Tgl. 7 1/2 Z. 100 M. Tgl. 7 1/2
 Die ist richtig! Von Dr. Lippschütz Musik Walt Bromme.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Johannistfeuer. Vorv. v. 10 U. ununterbrochen, auch Tiets.

Palast
 Tgl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
 Erna Offeney u. Walter Steiner.
 d. neue April-Programm.

Apollo
 Friedrichstr. 218. 7 1/2
 Der Flieger von Tsingtau sowie die verblüffendsten Varieté-Aktionen
 Theaterkasse ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Berliner Konzerthaus
 Mauerstraße 82 Zimmerstraße 90/91.
 Heute:
 Großes Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters, Leiter: Komponist Franz von Blox.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag, den 22. April: Großes Doppelkonzert, veranstaltet v. Verein der Bureausekretäre u. Assistenten des Magistrats Berlin, angest. v. der Kapelle des Ersatz-Batls. Königin-Augusta-Garde-Regts. Nr. 4.

Oranien-Palast
 Oranienstr. 40-41. (Oranienbrücke)
 Konzert-Kaffee-Kabarett
 7 1/2 Uhr. Paul Coradini. Sonnt. 4 Uhr. Lotte Hané - Haß-Amon - Lissi Gehrie. Herta Goston. Dirk van Erp.
 2 Kapellen.
 I. Stock: Weinklause. Pahn. Schrammel-Tris.

Reichshallen-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr. Sonntags 3 und 7 1/2 Uhr:
 Stettiner Sängler.
 Nachmittags ermäßigte Pr.

Busch
 Ungeheure Reiterkeltisstürme erzeugen täglich die gr. Wasser-Szenen i. der Pracht-Ansatt-Pantom.
 „Frühlingsspiele“ in 4 Akten.
 Strumzone m. dem Walkenbruch! - Kahrutsch aus 30 Meter Höhe!
 Vorher das große Zirkus-Programm.
 Lustige Artillerie, vorgef. v. D. Williams. Der singende Clow. Der singende Clow. Petersen!
 Kakadus auf dem Drahtseil! 2 Wodjawa! Bogado Comp. K. Reinsch auf Ozardasfürs!
 usw. usw.
 Stg. 2 Vorst. 3 1/2 u. 7 1/2 U. Auch am Frühlingsspiele. Jangohs-Kind a. a. h. freil.
 rigoz - Singspiel

Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Tgl. 7 1/2 u. 11.
 Das Volkstheater von Hd. 2. Arränge
 Anna's Traum.
 Ein herrliches Familienbild.
 Donner das neue April-Programm.
 Emil Morkel, Bruno Hügon usw.
 Sonntag 4 Uhr: Bajazzo.

Trianon-Theater
 1/8 am Blf. Friedrichstr. 1/8
 Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
 Der Lebensschüler
 Komödie von Ludwig Fulda.
 Ida Wast, Erich Kaiser-Titz, v. Möllendorff, Flink, Kottner
 Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannistfeuer

Kaffee Luitpold
 Kotzstraße 15.
 Kabarett Frank Bergmann
 Pepl Pfeiffer
 Martin Löwe
 und das große April-Programm.

Rose-Theater.
 8 1/2 Uhr: Der fliegende Holländer.
 7 1/2 Uhr: Das Glück im Winkel.

Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr:
 Das Mühlentendorf.

Voigt-Theater.
 Sadstr. 58. Sadstr. 58.
 Heute 7 1/2 Uhr:
 Rauten Paula.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
 Rubin und Liebe.
 Abends 7 Uhr:
 Das fünfzigjährige Jubiläum.

Reichshallen-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr. Sonntags 3 und 7 1/2 Uhr:
 Stettiner Sängler.
 Nachmittags ermäßigte Pr.